

## **Dialog Handwerk**

Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen  
Handwerks am 12. Januar 2017

Nordrhein-Westfalen vor der Wahl:  
Situation und Perspektiven

Zusammen stark – Integration und  
gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Schriftenreihe:  
Dialog Handwerk 1 | 2017

Herausgeber:  
Handwerk.NRW e. V.

Verantwortlich:  
Josef Zipfel

Stenografische Protokollierung und Rednerkorrekturen:  
Günter Labes

Bilder:  
Wilfried Meyer

Gestaltung:  
Jessica Handke

# Nordrhein-Westfalen vor der Wahl: Situation und Perspektiven

Zusammen stark – Integration und  
gesellschaftlichen Zusammenhalt  
fördern

## Dreikönigstreffen 2017 des nordrhein-westfälischen Handwerks

Dokumentation des Dreikönigsforums mit

Andreas Ehlert  
Arndt G. Kirchhoff  
Prof. Dr. Michael Hüther  
Prof. Dr. Gerhard Bosch  
Dr. Frank Wackers  
Holger Steltzner, Moderator  
Hans-Joachim Hering

und des Dreikönigsessens mit

Andreas Ehlert  
Karl-Heinz Moll  
Andrea Nahles MdB, Bundesministerin für Arbeit und Soziales

in der DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank  
Ludwig-Erhard-Allee 20, Düsseldorf  
am Donnerstag, 12. Januar 2017

Dialog Handwerk 1 | 2017

# Inhalt

**3 Zum Geleit**

**4 Dreikönigsforum**

**Begrüßung**

Andreas Ehlert  
Präsident HANDWERK.NRW

**8 Podiumsdiskussion**

Arndt G. Kirchhoff  
Präsident der Landesvereinigung der Unternehmerverbände NRW

Professor Dr. Michael Hüther  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Direktor und Mitglied des Präsidiums

Professor Dr. Gerhard Bosch  
Institut für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen

Dr. Frank Wackers  
Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Handwerk NRW

Holger Steltzner, Moderation  
Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)

**34 Schlusswort**

Hans-Joachim Hering  
Vizepräsident HANDWERK.NRW

**36 Dreikönigsessen**

**Begrüßung und Einführung**

Andreas Ehlert  
Präsident HANDWERK.NRW

**38 Grußwort**

Karl-Heinz Moll  
Vorstandsmitglied der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

**43 Festansprache**

**„Zusammen stark – Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern“**

Andrea Nahles MdB  
Bundesministerin für Arbeit und Soziales

**53 Bisherige Veröffentlichungen**

## Zum Geleit

Das Dreikönigsforum des nordrhein-westfälischen Handwerks stand im Januar 2017 ganz unter dem Eindruck von Wahlen und Abstimmungen. Noch immer bewegt uns der Ausgang des Referendums in Großbritannien zum Ausstieg aus der Europäischen Union. Noch immer bewegt uns der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl. Beide Ereignisse betreffen unsere Interessen ganz grundlegend: Was sind die Perspektiven der europäischen Integration? Wird der Brexit zu einem Weckruf für ordnungspolitische Reformen in Europa? Und wie eng steht die westliche Welt diesseits und jenseits des Atlantiks noch zusammen? Steuern wir auf eine neue Ära des Protektionismus zu oder können wir das wohlfördernde Prinzip der offenen Märkte stärken?

Auch die Wahlen des Jahres 2017 werfen ihren Schatten voraus. Wie viele andere Wahlen und Abstimmungen stellt sich auch für Nordrhein-Westfalen im Mai und für Deutschland im September die Frage, ob am Ende Vernunft oder Populismus siegen werden. Die Frage, was unsere Gesellschaft zusammenhält und die Fliehkräfte bündigt, geht uns alle an, denn die wachsende Entfremdung zwischen Wählern und Eliten ist unübersehbar und kann zu einer Gefahr für die politische und ökonomische Stabilität werden. Umso wichtiger ist es, ehrliche Bilanzen zu ziehen und zu fragen, welche Aufgaben die Politik lösen muss.

Nordrhein-Westfalen ist wirtschaftlich und sozial in besonderer Weise abhängig vom Erfolg der europäischen Integration und vom Zusammenhalt des Westens bei der Gewährleistung offener Märkte und innerer wie äußerer Sicherheit. Aber Nordrhein-Westfalen steht auch selbst vor großen Herausforderungen, um wieder aus eigener Kraft zu mehr wirtschaftlichem Wachstum, zu einer besseren Entwicklung des Arbeitsmarktes und zu leistungsfähigeren Bildungsangeboten zu kommen – und damit sind auch die politischen Rahmenbedingungen für Handwerk und Mittelstand angesprochen. Wir werben dafür, dass Nordrhein-Westfalen sich wieder auf seine Stärken besinnt und zu einem Motor der Sozialen Marktwirtschaft wird.

Düsseldorf, im April 2017

HANDWERK.NRW

Andreas Ehlert  
Präsident

Dipl.-Volksw. Josef Zipfel  
Hauptgeschäftsführer

# Dreikönigsforum

## Begrüßung

**Andreas Ehlert,  
Präsident HANDWERK.NRW**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle – aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft – ganz herzlich zu unserem diesjährigen Dreikönigstreffen willkommen. Ich freue mich, dass Sie dabei sind.

Ich sehe aus dem Landtag Oskar Burkert und Hubertus Fehring. Ich sehe den Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst. Ich freue mich sehr, dass unser früherer Finanzminister Helmut Linssen mit all seiner Kompetenz den Weg zu uns gefunden hat. Der eine oder andere wird noch dazustoßen.

Hinter mir können Sie einige Veränderungen erkennen. Wir tagen zwar in denselben Räumen wie in den Vorjahren, aber der Name der Bank hat sich verändert. Die WGZ Bank hat im vergangenen Jahr mit der DZ Bank fusioniert. Gemeinsam bilden sie nun die Zentralbank der Genossenschaftsbanken, wenn man das so sagen darf.

Fusionen sind immer mit einer Menge Arbeit verbunden. Am Ende zählt, dass das Ergebnis stimmt. Soweit ich das von außen beurteilen kann, ist das ganz offensichtlich der Fall. Diesen Erfolg wünsche ich allen Beteiligten von ganzem Herzen, weil gerade wir im Handwerk aufgrund unserer langen gemeinsamen Geschichte den Genossenschaften auf das Engste verbunden sind. Wir haben mit Ralf Barkey, der auch Teil unseres Vorstandes ist, einen, der das in einer wunderbaren Art und Weise in seiner Person verbindet; er ist sowohl im Handwerk in unserem Vorstand, als auch im Genossenschaftsbereich aktiv. Ein wichtiger Teil der Genossenschaftsbewegung sind die Volks- und Raiffeisenbanken, weil sie mit ihrer klaren Fokussierung auf die Mittelstandsfinanzierung für das Handwerk unentbehrlich sind.

Gerade deshalb freue ich mich sehr darüber, dass wir auch nach der Fusion unsere traditionelle Dreikönigsveranstaltung in diesen Räumlichkeiten hier durchführen können. Ein ganz großer Dank gilt Herrn Werner Böhnke, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der fusionierten

DZ Bank. Vielen Dank, dass wir wieder hier sein dürfen.

(Beifall)

Herr Böhnke, ich muss noch eine Sache erzählen, die ich die Tage in der Zeitung gelesen habe. Sie haben als Vorsitzender der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft ganz maßgeblich dazu beigetragen, dass die UNESCO die Genossenschaftsidee Ende November als immaterielles Weltkulturerbe anerkannt hat. Diese Gesellschaft hat die Bewerbung auf den Weg gebracht und nun zu diesem tollen Erfolg geführt. Ich habe das sehr wohlwollend aufgenommen. Ihre starke Rolle in diesem Prozess ist mir erst deutlich geworden, als ich das gelesen habe. Gratulation dazu, lieber Herr Böhnke.

(Beifall)

Nicht nur der Name der Bank in DZ Bank hat sich verändert, sondern auch die Marke des nordrhein-westfälischen Handwerks. Aus dem Nordrhein-Westfälischen Handwerkstag wurde im vergangenen Jahr schlicht und klar: „HANDWERK.NRW“.

Damit wollen wir erreichen, dass schon durch die Bezeichnung das deutlich zum Ausdruck gebracht wird, was wir – bei aller fachlichen, regionalen und organisatorischen Vielfalt – sind: das nordrhein-westfälische Handwerk, mit all seinen von allen mitgetragenen Werten.

Das nordrhein-westfälische Handwerk – das sind wir in den unterschiedlichsten Organisationsformen. Das nordrhein-westfälische Handwerk – das ist unser Ehrenpräsident Hansheinz Hauser, den ich hier sehe und der mit weit über 90 Jahren es sich nicht hat nehmen lassen, hierher zu kommen, um zu hören, was die heutigen Podiumsteilnehmer gleich miteinander diskutieren werden.

(Beifall)

Das nordrhein-westfälische Handwerk – das ist auch unser Präsident Hans Peter Wollseifer, der nach der Vorstandssitzung, die wir heute Vormittag hatten, leider wegen eines anderen Termins abreisen musste, aber natürlich in Sachen Handwerk unterwegs ist. Vor Kurzem erst ist er



in Münster mit einem eindeutigen und starken Votum für weitere drei Jahre als ZDH-Präsident wiedergewählt worden.

Das nordrhein-westfälische Handwerk – das sind die ebenfalls im Dezember in Münster gewählten ZDH-Präsidiumsmitglieder aus Nordrhein-Westfalen: Lothar Hellmann, Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke, Wilhelm Hülsdonk, Bundesinnungsmeister des Zentralverbandes des Deutschen Kraftfahrzeug-Gewerbes, Thomas Dietrich, Bundesinnungsmeister des Gebäudereiniger-Handwerks, und Lena Strothmann, Präsidentin der Handwerkskammer Ostwestfalen zu Bielefeld, die heute leider nicht dabei sein kann, weil sie im Deutschen Bundestag ihren Verpflichtungen nachzugehen hat.

Und das nordrhein-westfälische Handwerk ist natürlich auch Dieter Philipp, Präsident der Handwerkskammer Aachen. Er gehört als Ehrenpräsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks natürlich ebenfalls in die Reihe nordrhein-westfälischer Vertreter im deutschen Handwerk.

Seien Sie alle, die Sie Teil des nordrhein-westfälischen Handwerks sind, sehr herzlich willkommen.

Das nordrhein-westfälische Handwerk – das sind selbstverständlich auch unsere Handwerkskammern, Fachverbände und Kreishandwerkerschaften mit all ihren Mitgliedern. Ich freue mich, dass die Spitzenvertreter der drei Handwerksorganisationen in NRW allesamt heute anwesend sind: Hans-Joachim Hering, Präsident des Unternehmerverbandes Handwerk NRW, Rolf Meurer, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der nordrhein-westfälischen Kreishandwerkerschaften, und natürlich Hans Hund, Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertages. Herzlich willkommen! Herzlich willkommen ist natürlich auch Berthold Schröder, der Präsident der Handwerkskammer Dortmund.

Und dass Willy Hesse, unser langjähriger Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertages und inzwischen Ehrenpräsident, anwesend ist und sich erneut zur Verfügung gestellt hat, auch weiterhin im Vorstand von Handwerk NRW mitzuwirken, freut mich ganz besonders.

Das nordrhein-westfälische Handwerk – das sind natürlich auch unsere vielen Mitarbeiter, die Teil dieses nordrhein-westfälischen Handwerks sind. Ich bitte jetzt alle anwesenden Arbeitnehmervertreter im Saal um Verständnis, wenn ich stellvertretend für alle nur meinen eigenen Vizepräsidenten, den Vizepräsidenten der Handwerkskammer Düsseldorf, Karl-Heinz Reidenbach, begrüße. Denn in den Gremien der Handwerkskammern sind auch Arbeitnehmer vertreten. Angesagt hat sich auch Sigrid Wolf, die DGB-Chefin. Sie ist als Sozialpartner ein wichtiger Partner für das nordrhein-westfälische Handwerk.

Und nicht zu vergessen ist: Das nordrhein-westfälische Handwerk kann sich auf starke und verlässliche Partner stützen. Ich freue mich ganz besonders, dass Ulrich Leitermann, der Vorstandsvorsitzende der SIGNAL IDUNA Gruppe, ebenfalls persönlich anwesend ist.

Seien Sie also alle noch einmal sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Das nordrhein-westfälische Handwerk steht auch zu Beginn des Jahres 2017 gut da. Unternehmensentwicklung, Beschäftigung und Umsätze der Betriebe liegen deutlich im Plus. Wir profitieren von einer lebhaften Binnennachfrage, aber wir profitieren ebenfalls von einer stabilen Exportkonjunktur.

Das Geschäftsklima im Handwerk in Nordrhein-Westfalen liegt bei über 90 Prozentpunkten. Das ist ein historischer Höchststand. Seit wir Konjunkturumfragen im Handwerk machen, war es niemals besser als zum jetzigen Zeitpunkt. Selbst bei den neu geknüpften Ausbildungsverhältnissen und bei der Beschäftigung im Handwerk sind wir vorsichtig optimistisch. Zum maßgeblichen Stichtag 30. September hat landesweit die Anzahl der Auszubildenden leicht zugenommen, zwar nur um 0,3 Prozent, aber bei abnehmenden Schülerzahlen freuen wir uns über einen solchen Erfolg.

Wenn wir all diese Zahlen sehen, dann könnten wir uns ein Stück weit zurücklehnen und zufrieden sein. Aber diese guten Nachrichten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nordrhein-Westfalen der wirtschaftlichen Entwicklung anderer Flächenländer im alten Bundesgebiet hinterher hinkt.

Das bedeutet für uns als Wirtschaftsbereich Handwerk im Vergleich zu anderen Bundesländern, dass wir noch besser dastehen könnten, als wir es derzeit tun. Das wird im anstehenden Superwahljahr 2017 mit Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Bund zu thematisieren sein.

Wir wissen nicht erst seit gestern, dass es unwahrscheinlich schwer ist, mit wirtschaftspolitischen Themen durchzudringen. Die beiden Wahlkämpfe werden vermutlich völlig überlagert sein von Themen der inneren Sicherheit. Wenn wir ehrlich sind, ist das bei dem bedrückend hilflosen Eindruck, den staatliche Stellen gerade auch hier in Nordrhein-Westfalen machen, durchaus nachvollziehbar. Ob Wahlkämpfe allerdings der geeignete Zeitpunkt sind, hierüber zu diskutieren, steht auf einem anderen Blatt.

Es fällt jedenfalls schwer, mit wirtschaftspolitischen Themen in den Wahlkämpfen durchzudringen. Dabei ist eines ganz klar: Eine florierende Wirtschaft selbst ist zwar nicht alles, aber

je besser es wirtschaftlich in einem Bundesland läuft, desto größer sind auch die Gestaltungsmöglichkeiten, die ein Gemeinwesen hat. In innere Sicherheit, in unsere Schulen, in Kultur und Wissenschaft, aber auch in soziale Brennpunkte lässt sich immer nur dann investieren, wenn sowohl der entsprechende Handlungsspielraum als auch der politische Wille dazu vorhanden sind. Ich will den Vergleich mit Bayern an dieser Stelle jetzt nicht strapazieren, aber dort zeigt sich, welchen Handlungsspielraum eine starke Wirtschaft ermöglicht.

Man kann aber auch ganz grundsätzlich, abgesehen von der aktuellen Situation, von Nordrhein-Westfalen nicht behaupten, dass Wirtschaftspolitik in unserem Bundesland oberste Priorität hätte. Denken Sie nur an die epische Diskussion um den Landesentwicklungsplan. Dort haben sich alle Wirtschaftspolitiker, egal ob aus den Gewerkschaften, aus den Arbeitgeberorganisationen, aus den Kammern oder den Kommunen, vereint mit dem Wirtschaftsminister darum bemüht, Schlimmeres zu verhindern. Dennoch haben wir uns durchgängig in einer defensiven Situation befunden. Wirtschaftliche Entwicklung gewissermaßen als Störfaktor in der Entwicklung unseres Landes – so habe ich es gelegentlich empfunden.

Es geht um nicht mehr als die Frage der zukünftigen Prioritäten in der Landespolitik, um die Frage, welches Gewicht Wirtschaftspolitik und letztlich das Wirtschaftsministerium überhaupt im Geflecht der politischen Interessen hat.

Es bringt in der Sache herzlich wenig, sich gegenseitig Zahlen um die Ohren zu hauen, die dem politischen Konkurrenten schaden oder einen selber in einem ganz guten Licht erscheinen lassen. Ich kann angesichts des Nullwachstums im Jahre 2015 verstehen, dass die Oppositionsparteien sich mächtig echauffiert haben. Wer will es ihnen verdenken? Nordrhein-Westfalen war Letzter! Ich kann es ebenso gut verstehen, dass Frau Ministerpräsidentin Kraft unter Hinweis auf die gestiegene Wachstumsdynamik Anfang des Jahres 2016 – 2,1 Prozent plus – erklärte, dass die Wachstumsschwäche nun überwunden sei.

Für die Diskussion viel entscheidender aber sind die mittel- und langfristigen Trends. Und die sind eben so, dass Nordrhein-Westfalen seit vie-

len Jahren in der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherhinkt – mal mehr und mal weniger, aber eben beständig hinterher. Im Schnitt der vergangenen 15 Jahre war das reale Wirtschaftswachstum nur in vier Bundesländern niedriger als in Nordrhein-Westfalen. Nur ein einziges Mal im Zeitraum seit 2010 lag das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen über dem Bundesdurchschnitt.

Es ist doch klar, dass diese Wachstumsschwäche nicht ohne Folgen bleibt: für den Wohlstand unserer Bevölkerung, für den Schuldenstand, für die Investitionsquote, für die Ausgaben für Bildung, für die Steuerlasten, bis hin zu solch konkreten Fragen, ob die örtliche Polizeidienststelle besetzt ist oder nicht.

Ich habe vorhin den Düsseldorfer Polizeipräsidenten gesehen. An der Stelle herzlichen Dank, lieber Herr Wessler, für die Arbeit, die die Polizei für die Sicherheit in unserem Land für uns alle tagtäglich leistet. Hierfür braucht es Geld und ein starkes Bundesland, das in der Lage ist, das entsprechend zu bezahlen.

(Beifall)

Genau darum gehört Wirtschaftspolitik ins Zentrum der politischen Agenda. Dass wir uns mit den Befunden nicht abfinden dürfen, das ist völlig klar. Wir müssen den Willen haben, zu gestalten und hieran etwas zu ändern. Und in diesem Sinne wollen wir heute mit unserem Dreikönigsforum einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir haben eine vielversprechende, gute Runde zusammenbekommen: Da ist zunächst Professor Michael Hüther. Er ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft – einer Einrichtung, die sich seit jeher auf das Engste der sozialen Marktwirtschaft und insbesondere der Berufsbildung verpflichtet fühlt. Herzlich willkommen, Professor Michael Hüther!

(Beifall)

Ein sehr enger Freund des Handwerks und ein starker Anwalt der Berufsbildung ist auch Professor Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen – einer der profiliertesten Arbeitsmarktforscher, die wir in Deutschland haben.

Auch Ihnen, lieber Herr Bosch, ein ganz herzliches Willkommen!

(Beifall)

Eine große Freude ist es, dass heute Arndt Kirchhoff bei uns mit an Bord ist, Präsident von „Unternehmer NRW“ und Inhaber eines traditionsreichen, gar nicht so kleinen Familienunternehmens. Erfahrene Teilnehmer wissen, dass damit heute auch eine Familientradition fortgeführt wird, denn Ihr Vater, lieber Herr Kirchhoff, war das eine oder andere Mal bei uns als Gast oder sogar als Mitdiskutant. Deswegen freue ich mich sehr, dass Sie heute diese Rolle hier wahrnehmen. Herzlich willkommen, lieber Arndt Kirchhoff!

(Beifall)

Natürlich darf auch die handwerkliche Perspektive nicht fehlen. Dafür haben wir mit dem Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Handwerk NRW einen aus dem eigenen Stall. Dr. Frank Wackers wird heute den Part für das Handwerk übernehmen. Auch wenn Sie hier zu Hause sind, seien Sie ebenfalls herzlich willkommen, lieber Herr Dr. Wackers.

Diese Begegnung von Wissenschaft und Unternehmertum liegt auch heute wieder in den bewährten Händen von Holger Steltzner, einem der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Lieber Herr Steltzner, Sie übernehmen in diesem Jahr dankenswerterweise wieder die Moderation. Ich freue mich sehr darauf. Ich heiße Sie herzlich willkommen und übergebe Ihnen jetzt das Wort. Ich wünsche uns allen eine spannende Diskussion.

(Beifall)

## Podiumsdiskussion

**Moderator Holger Steltzner,  
Mitherausgeber der „Frankfurter  
Allgemeinen Zeitung“:**

Herzlichen Dank, lieber Herr Ehlert, für diese freundliche Begrüßung.

Bei der Aufgabe, die Sie mir als Nicht-Nordrhein-Westfalen gestellt haben, nämlich „NRW vor der Wahl: Situation und Perspektiven“, nehme ich an, dass ich heute auf dem Podium viel lernen können. Wenn ich mich so umschaue, beschleicht mich das Gefühl, dass möglicherweise Sie, Herr Bosch, wenn ich das so sagen darf, der einzige ausgewiesene SPD-Mann sind.

(Heiterkeit)

Möglicherweise muss ich versuchen, Ihnen in meiner Rolle als Moderator hier und da mal zur Seite zu springen. Mal schauen, ob mir das gelingt.

Bevor wir zum eigentlichen Thema „Lage der Wirtschaft und der Politik in Nordrhein-Westfalen vor der Landtagswahl“ kommen, müssen wir wohl angesichts der weltpolitischen Lage einen etwas größeren Bogen schlagen und einige weltpolitische und gesellschaftspolitische Fragen – die innere Sicherheit ist ja erwähnt worden – stellen.



Herr Kirchhoff, die USA sind unser mit Abstand wichtigster Handelspartner. Beunruhigen Sie wie viele von uns die wirtschaftspolitischen Ankündigungen des neuen amerikanischen Präsidenten? Donald Trump twittert bekanntlich gerne. Ford und Toyota hat er damit nicht nur erschreckt, sondern die Investitionspläne auch schon ändern lassen. Milliarden werden jetzt in Amerika zusätzlich investiert. Wenn das so einfach geht, liegt die Frage auf der Hand: Wird die deutsche Autoindustrie Trumps nächstes Twitter-Ziel, Herr Kirchhoff?

**Arndt Kirchhoff,  
Präsident der Landesvereinigung  
der Unternehmerverbände NRW:**

Herr Steltzner, ich habe eigentlich immer dazu geraten, zunächst einmal kühlen Kopf zu bewahren. Das tue ich immer noch. Natürlich wundert einen die eine oder andere Äußerung. Aber das ist vielleicht auch ein neuer Stil. Man erlebt ja in diesen Zeiten häufig Stilwechsel. Jetzt muss man erst einmal beobachten, inwieweit das nachhaltig ist.

Wenn wir uns einmal an die Fakten halten und nicht postfaktisch vorgehen, dann hat er recht. Amerika hat gewaltigen Nachholbedarf. Das Problem ist auch seit der letzten Krise von 2009, wo das erstmalig richtig aufgefallen ist, noch lange nicht gelöst. Das gilt auch für die Autoindustrie. Die Amerikaner möchten von ihrem Selbstverständnis her die besten Autos der Welt bauen. Das tun sie nur nicht; die bauen wir. Die Amerikaner möchten auch die meisten Autos in die Welt exportieren. Das tun sie auch nicht. Das machen auch wir, obwohl wir viel kleiner sind. Wir sind mit unseren 80 Millionen nur ein Prozent der Weltbevölkerung.

Insofern ist ihnen nicht vorzuwerfen, dass sie sich Ziele setzen, indem sie sagen: Wir müssen wieder mehr an die Spitze kommen. Das ist ihr Selbstverständnis, und das entspricht auch meinem Wettbewerbsverständnis. Ich bin immer dafür, dass wir diesen Wettbewerb weiterhin nicht nur aufnehmen, sondern ihn auch weiter pflegen.

Wenn ich das aber sage, dann gehört natürlich dazu, dass man auch Bedingungen einhält oder sogar aufstellt, wenn ich an Freihandelsabkom-



men denke, die Wettbewerb fördern. Das wird ihm von seinem Kabinett, von seinen Kollegen, und von vielen Amerikanern, die davon etwas verstehen, gesagt werden, dass das eben nicht mit Abschottung geht oder mit irgendwelchen Maßnahmen, die Wettbewerb behindern. Das ist ihm aus deutscher Sicht auch nicht gerade anzuraten.

Wenn ich mich nämlich umsehe – das trifft insbesondere für die Autoindustrie zu; das gilt auch für den Maschinenbau; viele Ideen, die wir im Maschinenbau finden, kommen aus dem Handwerk; ich will das Handwerk dabei durchaus mit einschließen, auch wenn das ganz weit weg ist und im Atlantik viel Wasser dazwischen fließt –, ist festzustellen, ohne die deutsche Technologie und auch ohne die deutschen Prozesse und Produkte wird er sein Land überhaupt nicht reformieren können. Das gilt nicht nur für das Auto, das gilt auch für alle anderen Branchen, ob es der Stahl ist, ob es die Chemie ist, egal was. Insofern wäre er gut beraten, wenn er Amerika nicht abschotten würde, dass er den Weltmarkt nutzt, dass er insbesondere uns nutzt. In der Autoindustrie kann man da durchaus sehr selbstbewusst vorgehen. Ich gehe davon aus, dass uns das am Ende dann eben nicht schadet, auch wenn manches heute ein bisschen befremdlich klingt. Aber letztlich ist er ja irgendwie auch Unternehmer. Wir müssen ihn alle erst einmal kennenlernen.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Ich hatte vorhin kurz berichtet über den Eindruck, den der Chef von Technik und Motor aus Detroit mitgebracht hat, vor allem von einem Abendessen mit Sergio Marchionne, Chef von Chrysler-Fiat, der ganz kühl in einem Kreis von Journalisten, die an verschiedenen Tischen saßen, sagte, wenn jetzt die Lage so ist, dann bin ich wegen der 35 Prozent an Zöllen, die drohen, Betriebswirtschaftler und kann halt nicht mehr in Mexiko produzieren.

Daraufhin meldete sich dann schon eine mexikanische Kollegin mit zitternder Stimme und fragte, ob er denn die Mexikaner nicht mehr möge. Er darauf nur ganz kühl, das habe mit Mexikanern gar nichts zu tun, sondern das sei ein betriebswirtschaftliches Kalkül.

Nachfrage also: Ist es denkbar, dass jemand wie Trump – tatsächlich mit aller Brutalität Zölle gegen alle NAFTA-Regeln einführt, womit er ja auch der amerikanischen Automobilindustrie schadet, die auch die Einfuhrzölle auf die Zulieferprodukte zahlen müsste, und damit auch den amerikanischen Verbrauchern oder Autokäufern.

#### **Arndt Kirchhoff:**

Ja, er schadet vor allen Dingen auch sich selber. Jetzt müssen wir einmal sehen, warum er das eigentlich macht.

Noch einmal zur Autoindustrie einige Fakten: Das größte Werk von BMW steht in den USA – das steht nicht in Deutschland, auch nicht in Mexiko. Das größte Werk steht in den USA. Von dort aus wird sehr viel exportiert. Ein fast so großes Werk – es ist nicht das größte in der Gruppe, aber es ist eines der größten – steht auch von Mercedes in den USA, sodass die Geländewagen, die M-Klassen, die Sie kennen und die wir hier in Europa kaufen, alle in Amerika gebaut worden sind.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Auch der X5 von BMW.

**Arndt Kirchhoff:**

Es ist doch klar, wenn er anfängt, die Mauern hochzuziehen, dann schadet es uns am Ende. Es schadet uns, wenn in der Welt der Protektionismus zunimmt. Aus diesem Grunde treten wir auch ein bisschen leiser auf, weil wir das Land sind mit der größten Abhängigkeit vom Export.

Aber er ist auch exportabhängig. Und er hat auch gesagt, mehr exportieren zu wollen. Dazu braucht er gute und wettbewerbsfähige Produkte. Das ist genau das, woran Amerika eigentlich krankt. Das ist am Ende für ihn der Maßstab, ob er sein Land ordentlich nach vorne gebracht hat, ob er auch in der Lage ist, Produkte zu exportieren. Ich kann nur wiederholen: Wir müssen den Wettbewerb offen halten. Das ist das, was die Welt nach vorne bringt, den Wohlstand steigert.

Man muss ehrlich sagen, er hat recht: Amerika ist in den letzten 30 Jahren für große Teile der Bevölkerung überhaupt nicht nach vorne gekommen. Sehen Sie sich einmal an, was in den letzten 30 Jahren an Wohlstandsmehrung in Deutschland passiert ist. Das hat in Amerika nicht stattgefunden. Die Damen und Herren dort sind ziemlich arm dran. Deswegen haben sie nämlich teilweise drei und vier Berufe. Sie haben leider auch ein bisschen wenig gelernt. Das stimmt. Aber das ist ein anderes Thema. Aber da besteht dringender Handlungsbedarf. Das ist richtig. Das kann ich sehr wohl bestätigen.

**Moderator Holger Steltzner:**

Herr Wackers, wie beurteilen Sie das? Sehen Sie mehr Risiken oder sehen Sie auch die Chancen? Wird es vielleicht diese Wende vom Freihandel weg gar nicht in dem Maße geben, wie man das jetzt vielleicht befürchtet, wird die Abschottung möglicherweise doch nicht in dieser Weise kommen? Herr Trump ist ja auch Unternehmer, und er ist dabei auch erfolgreich gewesen, indem er für sich selbst und sein Unternehmen gehandelt hat.

Möglicherweise könnten auch die Steuersenkungen, die Infrastrukturinvestitionen und die Deregulierungen, die angekündigt oder avisiert sind, die Konjunktur und die Weltwirtschaft vorantreiben. Die Aktienkurse haben das zumindest

ein Stück weit vorweggenommen. Was erwarten Sie?

**Dr. Frank Wackers,  
Hauptgeschäftsführer Unternehmer-  
verband Handwerk NRW:**

Ich denke, dass die Vorzeichen, die wir zurzeit zu spüren bekommen, eine Fortsetzung dessen sind, was Trump im Wahlkampf versprochen hat. Insbesondere der Tweet, den er an den Präsidenten von Ford geschrieben hat, mit der sofortigen Reaktion, dass Ford in Mexiko keine Fabrik baut, zeigt natürlich seinen Wählern, dass er durchsetzungsstark ist. Und da sind wir an einer Stelle, wo er möglicherweise alleine schon durch Drohungen, die er ausspricht, die Ergebnisse bekommt, die er seinen Wählern vorführen will.

Ich habe vor einiger Zeit im Wahlkampf Stimmen von Trump-Anhängern gehört, die den starken Kontrast belegen zwischen dem, was er ankündigt, und dem, was man überhaupt umsetzen kann. Viele Wähler in Amerika sagen, selbst wenn Trump nur fünf Prozent von dem umsetzt, was er versprochen hat, sind wir zufrieden. Das ist im Prinzip wohl der Maßstab, den man da auch sehen muss. Damit sind wir natürlich sehr schnell bei der Frage, was ist von dem, was er ankündigt, populistisch und was wird er letzten Endes umsetzen.

Die spannende Frage für mich ist – wir haben uns im Handwerk auch damit auseinandergesetzt; Freihandel und TTIP sind im Handwerk auch ein Thema –, wird Trump TTIP kippen. Er hat auch schon entsprechende Vorstöße gemacht. Die Frage ist, wird er es wirklich so weit treiben.

Ich habe den Eindruck: Bisher orientiert er sich sehr stark an den Erwartungen, die seine Wähler an ihn haben. Das ist natürlich eine sehr kurzfristige Politik, eine sehr kurzfristige Sicht, die er da hat. Da sind langfristige Trends aus meiner Sicht noch nicht klar erkennbar. Zumal er ja auch leider bei seinen Beratern keine erfahrenen Politiker an seiner Seite hat. Es sind vielfach Leute, die im Prinzip aus der Wirtschaft kommen, die dann gewechselt sind. Das muss nichts Schlechtes sein. Nur denke ich, die Administration muss sich an der Stelle natürlich erst noch finden. Da ist bisher überhaupt keine klare Linie erkennbar.



**Moderator Holger Steltzner:**

Er geht bislang ja tatsächlich eher taktisch motiviert vor. Eine vielleicht langfristige und strategische Frage ist Folgendes: Herr Hüther, wenn man das mal auf das Silicon Valley übertragen möchte, das ja für einen fast unbedingten Fortschrittsglauben steht, mit einer ungeheuren Veränderungsgeschwindigkeit die Entwicklungen vorantreibt, scheint es mir so zu sein, dass viele Wähler von Trump eigentlich genau das nicht wollten, sondern sie haben gegen den Wandel gestimmt, sie haben zumindest für eine gebremste Veränderungsgeschwindigkeit gestimmt, wenn nicht gar für eine Rolle rückwärts. Insofern war und ist das auch eine Niederlage für das Silicon Valley. Sie waren bis vor Kurzem im Silicon Valley, waren dort auch lehrend und forschend tätig. Wie haben Sie das erlebt? Was heißt das für das Silicon Valley?

**Prof. Dr. Michael Hüther,  
Direktor und Mitglied des Präsidiums,  
Institut der Deutschen Wirtschaft:**

Vom Erleben her war der Tag selbst schon eigenartig. Man sitzt da an der Westküste, und langsam kommen die Ergebnisse herein. Es war eine seltsam sedierte Stimmung an der Hochschule. Wenn Sie nach Stanford kommen, ist dort viel Bewegung. Man hatte den Eindruck, das liegt in

der Luft, dass es anders ausgehen könnte, als alle erwartet haben.

Das zweite war – relativ ungewöhnlich –, dass der Universitätspräsident am nächsten Morgen eine Mail an alle Universitätsangehörigen und Studenten versandte, dass, egal was jetzt passiert, die ausländischen Gäste und Studierenden weiterhin willkommen sind und wir uns schützend vor sie stellen. Das muss man sich schon einmal klarmachen.

Wir hatten eine Woche danach in der Fakultät ein Townhall-Meeting, wo aus unterschiedlichsten Ecken von Mitarbeitern berichtet wurde, wie an einer Stelle nicht weiße Amerikaner auf einmal diskriminiert wurden. Ein Verhalten, wie wir es in England nach dem Brexit auch erlebt haben. Es ist auf einmal ein Verhalten wirksam. Mit dem kann im Silicon Valley keiner leben. Das lebt von der Offenheit.

Der Chefökonom von Google, mit dem ich im Gespräch war, sagte mir, am Tag nach der Wahl saßen bei Google zum Teil die Mitarbeiter heulend an ihren Schreibtischen. Auf die Frage, warum, war die Antwort: Ja, sie haben zwar einen Aufenthaltsstatus, aber ihre Eltern nicht, die sind illegal in den USA. Das heißt, daran hängt ganz viel.

Die gesamte Struktur lebt davon, dass es Zuwanderung in unterschiedlichster Form in das Dienstleistungssegment gibt und auch in das akademischen Segment. Bei Gesprächen Wochen danach ist im Silicon Valley deutlich geworden: Wir tun so, als sei das Amerika. Das Silicon Valley ist natürlich nicht Amerika. Das sind sieben Millionen Menschen in der Bay-Area.

Das heißt, die Vermögensbildung konzentriert sich dort, wo sie auch entsteht. Die Durchsicker-effekte, die wir in der deutschen Wirtschaft über Netzwerke und über die Clusterstrukturen erleben, gibt es in der Weise nicht. Die Mitte macht bei uns einkommensmäßig betrachtet 50 Prozent aus, in den USA in gleicher Rechnung 30 Prozent. Die gesellschaftliche Mitte ist in den USA von daher sehr viel schwächer.

Ich habe mit den gleichen Leuten nach den Gesprächen Ende September und Anfang Oktober noch einmal Gespräche am Ende meiner Zeit



geführt, also Ende November und Anfang Dezember. Auf einmal kam da: Vielleicht müssen wir doch überlegen, welche gesellschaftlichen Konsequenzen wir ziehen. Es ist schon wahrgenommen worden, dass dieses Silicon Valley nicht so selbstverständlich für den Rest der USA steht und dass man diese isolierte Situation, die Voraussetzungen hat, auch nicht einfach fortschreiben kann.

Noch eine letzte Anmerkung: In Stanford wird man sagen, na ja, was betrifft das die Uni. Nur 11 Prozent des Universitätsetats sind durch Studiengebühren finanziert. In Deutschland wird immer unterschätzt, welche Bedeutung auch für private amerikanische Universitäten die Forschungsfonds aus Washington haben. Das heißt, man erwartet ganz klar ein Umsteuern oder auch ein Abdrehen. Insofern sagt man auch an der Universität: Man weiß eigentlich gar nicht, was auf uns zukommt. Und man sorgt sich, weil auch ein Haus wie Stanford, das natürlich viele Finanzierungsquellen hat, das nicht einfach ignorieren kann.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Ganz grundsätzlich noch einmal gefragt, weil das nicht nur ein Phänomen Trumps ist. Sie haben den Brexit schon erwähnt, wir haben auch die Erfolge der Populisten oder radikalen Parteien, wie man sie auch immer nennen möchte, in Österreich gesehen. Wir werden nachher noch

über Wilders und die Niederlande etc. sprechen, und über Deutschland und Frankreich.

Da ist ein Protest, der sich nicht allein gegen die Globalisierung wendet, sondern auch ein Stück weit gegen die Digitalisierung. Diese Digitalisierung geht mit einer unglaublichen Geschwindigkeit voran. Aber die Ausgleichsprozesse in einer Demokratie brauchen Zeit. Die Wähler müssen damit umgehen, die Politiker müssen damit umgehen. Wir brauchen praktisch für unsere Aushandlungsprozesse mehr Zeit als uns die Digitalisierung gibt. Also wie können wir die Voraussetzungen für die Akzeptanz dieses dynamischen Wandels herstellen? Wir können doch nicht nur dem technischen Tempo folgen, sondern wir müssen doch auch politisch versuchen, dort zu bremsen, wo es unsere Demokratie und der soziale Ausgleich für die Akzeptanz und auch die soziale Marktwirtschaft notwendig machen. Wie machen wir das?

#### **Prof. Dr. Michael Hüther:**

Die Antwort darauf, wie wir das machen, muss von der Frage ausgehen, wo die Unterschiede sind. Was wir wohl zu wenig in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen, sind die regionalen Ungleichgewichte. Wir schauen sehr stark auf die Einkommensverteilung insgesamt über eine Gesellschaft hinweg. Viel spannender aber sind am Ende des Tages die regionalen Ungleichgewichte.

Wir haben uns das einmal für Großbritannien angeschaut, weil da genau die gleiche Frage kam. Mit Ausnahme des Großraums London kann man Großbritannien eigentlich nicht als einen Wachstumsstandort begreifen.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Außer vielleicht noch Oxford und ähnliche Standorte.

#### **Prof. Dr. Michael Hüther:**

Ja, aber das sind dann ganz kleine. Dafür müssen Sie die Lupe herausnehmen, um die dann noch auf der Karte zu finden.

Das gleiche Phänomen gibt es auch in Frankreich. Sie haben den Großraum Paris und dann eine völlige Diskrepanz zum Rest. Das heißt, es gibt massive regionale Unterschiede. Die Schwankungen sind in diesen Ländern, wo wir über diese Ergebnisse schon verfügen und wo wir es auch als relevante Veränderung wahrnehmen oder als Drohung – Frankreich: Marine Le Pen –, ebenso groß. Das gilt auch für die USA. Das heißt, wir müssen mehr auf die regionalen Gleichgewichte und Ungleichgewichte achten.

Diese Debatte wird auch im Inland geführt, machen wir eigentlich berechtigterweise Regionalpolitik oder nicht. In Deutschland wurde auch gefragt, muss der regionale Ausgleichsfonds eigentlich sein. Aber im Grunde stellen wir fest, dass die regionalen Diskrepanzen so gravierend werden können, dass sie sich nach hinten auswirken. Das sieht man, glaube ich, in den USA.

Wir haben einmal eine Rechnung angestellt. Wenn man das Silicon Valley und den Großraum San Francisco mit sieben Millionen herausrechnet, dann verringert sich für die 310 Millionen anderen Amerikaner das Einkommen um 750 Dollar im Jahr. Wenn Sie dann noch New York – Metropolitan-Area – herausnehmen, noch einmal um 1.300 Dollar. Wenn Sie nur einmal diese beiden herausnehmen, haben Sie bereits einen großen Effekt auf das Pro-Kopf-Einkommen.

Wenn London herausgenommen wird aus Großbritannien – um die Dimension zu beschreiben –, reduziert sich das Pro-Kopf-Einkommen um 11 Prozent. Wenn Sie Berlin herausnehmen, erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt,

(Heiterkeit)

aber um 0,2 Prozent. Das ist ja auch gar nicht so ungesund. Wenn wir eine solche Abhängigkeit von einer Metropole haben, sind wir genau in einer derartigen Situation. Das ertragen Gesellschaften auch nicht. Weil die Menschen das auch sehen. Auf einmal sieht man nach Colorado und nach Idaho. Dann sieht man dort Geschichten von Industrieunternehmen, die einfach weg sind. Deshalb ist das, was Herr Kirchhoff sagt, der entscheidende Punkt. Die Reindustrialisierung Amerikas wird nur gelingen über die Bildung von Netzwerken jenseits des Silicon Valley. Im Silicon Valley haben Sie das Netzwerk

der Digitalwirtschaft. In New York und Boston gibt es das Netzwerk der Finanzwirtschaft. Aber der Rest ist einfach ziemlich flach. Das ist wohl das, wo wir ansetzen müssen. Das ist übrigens keine einfache Aufgabe. Sie können nicht einfach die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ in die USA importieren. Aber vom Grundsatz her war es vielleicht – das ist mein Schluss – gar nicht so schlecht, dass wir in Deutschland einen höheren Wert auf den regionalen Ausgleich legen, als das gewöhnlich in anderen Volkswirtschaften gemacht wird, weil es diese Spannungsdimension bei uns reduziert.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Zumal wir die Zentralisierung nicht haben und historisch traditionell die föderale Struktur aufweisen.

#### **Prof. Dr. Michael Hüther:**

Genau. Wir sind eigentlich glücklich, dass wir immer föderalistisch strukturiert waren und diese polyzentrische Struktur aufweisen. Dafür können wir nichts. Das ist ein Erbe der Geschichte. Da haben wir einmal Glück gehabt.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Sehen Sie das ähnlich, Herr Bosch? Ich nehme an, ja. Wir hatten in der Sonntagszeitung einen Artikel nach dem Wahlsieg über das Silicon Valley. Darin war eine Grafik, die mir nicht aus dem Kopf geht. Da waren abgebildet die Börsenwerte der Automobilhersteller General Motors, Ford und Chrysler aus dem Jahr 1990, wie ich mich zu erinnern meine, so klein wie vielleicht mein Daumnagel, und die Zahl der Beschäftigten mit 1,2 oder 1,3 Millionen bei diesen Herstellern. Daneben die Börsenwerte von den führenden Tech-Unternehmen Google, Apple, Amazon etc. ganz groß so wie hinten an der Wand das große Kunstwerk. Der Börsenwert war 1.400 Milliarden € und noch was, Beschäftigte 125.000. Nichts macht das eigentlich deutlicher. Eine solche Grafik sagt mehr als 1.000 Worte. Eine Handvoll Gründer wird unermesslich reich, immer mehr normale Beschäftigte haben Angst oder Sorge, dass es ihren Kindern nicht mehr besser gehen wird, als es

Ihnen heute geht, also Angst, dass der amerikanische Traum nicht mehr erfüllt wird. Und ein Stück weit haben wir das auch in Europa.

Wie spricht man die Menschen an? Wie sichert man auch die menschliche Fähigkeit, sich weiterzubilden, in diesen Prozessen aktiv zu bleiben, um nicht durch diesen Wandel überfordert und aussortiert zu werden?

**Prof. Dr. Gerhard Bosch,  
Institut für Soziologie an der  
Universität Duisburg-Essen:**

Ich will etwas früher anfangen und bis 1970 zurückgehen. Da hatten die USA ein vorbildliches Lohnsystem. Da steht noch in Textbüchern, die heute niemand mehr liest, zur Lohnpolitik, dass die tarifvertragliche Bezahlung der Normalzustand in den USA ist. Das galt für das gesamte verarbeitende Gewerbe, für den öffentlichen Dienst, für große Teile des Dienstleistungsbereichs. Und der Achtstundentag war schon in den 50er-Jahren eingeführt. Die waren weit vor uns. Die Unterschiede waren immer groß, was die Vermögen angeht, aber die Mittelklasse war stabil und die Unterklasse bekam auch eine ganze Menge mit.

Seit 1970 hat sich das geändert. Wir können das an den Einkommenskurven sehen. Das zeigen alle amerikanischen Ökonomen. Sie beginnen immer bei 1970. Da zeigt sich, wie die Einkommensschere und die Vermögensschere auseinandergehen.

Welchen politischen Hintergrund hat das? Das ist möglich geworden durch die systematische Zerschlagung von Gewerkschaften als ein Tarifpartner. Es gibt in den meisten Bereichen der USA keine Tarifverhandlungen, sondern Löhne werden gesetzt – nach Knappheitsrelationen. Wenn man eine gute Qualifikation hat, bekommt man viel, aber das kann morgen schon anders sein. Das Einkommen ist also gar nicht garantiert. Selbst bei guten Qualifikationen gibt es keine Einkommensstabilität im Lebenslauf. Vor allem ist die soziale Sicherung in den USA immer an den Betrieb gebunden gewesen. Sie haben nur eine gesetzliche Basisversorgung, was die Altersversicherung angeht, die Gesundheitsvorsorge war an den Betrieb gebunden. Es gab und gibt

keine umfassende Sozialversicherung und Sozialversicherungspflicht.

Ich war vor einigen Jahren in Berkeley zu einem Forschungsaufenthalt und habe dort Erlebnisse gehabt, die mich tief schockiert haben, weil ich das so nicht geahnt hatte. Das eine war, dass ich eingeladen war zu einer Feier zum 65. Geburtstag. Und die Feier fand nicht statt wegen des 65. Geburtstages, sondern weil die entsprechende Wissenschaftlerin nach 40 Jahren prekärer Beschäftigung jetzt eine Krankenversicherung hatte als Ältere, die sie nie bekommen hat in ihrem Erwerbsleben.

Der zweite Schock war für mich – das war jetzt im akademischen Bereich, aber das gilt ja nicht nur im akademischen Bereich, sondern ist im Rust Belt noch viel drastischer –, dass wissenschaftliche Kollegen von mir zweimal im Jahr ein Gespräch haben mit ihrem Finanzberater, weil sie ihre Zuschüsse zur Altersversicherung selber anlegen müssen. Dabei kann man sich ganz schön vertun. Das heißt, die Finanzkrise hat auch einen ganz tiefen Schock hinterlassen, was die persönliche Sicherheit angeht, auch was die Altersversorgung betrifft. Viele mussten wieder anfangen zu arbeiten.

Ein nächster Punkt: Ich habe in der Automobilindustrie vielfach geforscht, war auch häufiger in Detroit. Detroit sieht teilweise aus – ich war allerdings ein paar Jahre nicht da – wie Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Das ist unglaublich. Ich sehe das ganz ähnlich wie Sie, Herr Hüther, was die Regionalpolitik angeht. Ich denke – das habe ich auch erst spät gelernt –, dass Regionalpolitik ein Grundpfeiler des deutschen Sozialmodells ist, aber auch des europäischen Sozialmodells. Es ist in Skandinavien noch ausgeprägter als bei uns im Übrigen, weil die noch viel prekärere Regionen im Norden aufweisen, die sich aber durch den Regionalausgleich relativ gleich entwickeln. Und das gibt es in den USA nicht. Insofern sind diese regionalen Unterschiede gigantisch. Und der Strukturwandel ist natürlich auch völlig anders. Wenn Sie das Ruhrgebiet mit den Stahlregionen in den USA vergleichen oder mit den alten US-Bergbauregionen, dann sehen Sie riesige Unterschiede. Da haben Leute nicht nur ihren Arbeitsplatz verloren, sie haben auch ihr Hauseigentum verloren, weil das Haus keinen Wert mehr hat. Sie haben das Haus aufge-



geben und sind weitergezogen. In Deutschland hat ein Haus im Ruhrgebiet immer noch einen Wert. Und die Kaufkraft in den Regionen wird stabilisiert über Arbeitslosenversicherung und andere regionale Transfers.

Es wird immer gesagt, das habe etwas mit Globalisierung zu tun. Ja, aber, ich denke, die Verunsicherung – das gilt übrigens für Großbritannien genauso – hat zuerst im eigenen Land begonnen. Maggie Thatcher hat sich durchgesetzt. Es war sozusagen ein Kriegszustand zwischen Gewerkschaften und Regierung. Es gibt in der britischen Privatindustrie praktisch keine Tarifverträge mehr, nur noch betriebliche, keine Flächentarifverträge. Die Metallarbeitgeberverbände haben irgendwann 1980 gesagt, wir verhandeln nicht mehr. Sie haben den Gewerkschaften ein Telegramm geschickt und sich aufgelöst. Da war der Metalltarif weg. Und die Gewerkschaften waren nicht mehr stark genug zu verhandeln.

Diesen Krieg hat die britische Oberschicht gewonnen, jetzt hat sie ihn verloren in der Brexit-Abstimmung. Ich glaube, der soziale Ausgleich ist ein ganz zentrales Thema. Madame Lagarde vom IWF hat das gesagt – nur es folgen allerdings keine Taten –, auch das Weltwirtschaftsforum in Davos. Auf der anderen Seite wird aber wieder dazu beigetragen, dass soziale Rechte wie Tarifverträge überall abgebaut werden, wo der IWF Kredite vergibt. Insofern haben wir da einen

Widerspruch zwischen Feiertagsreden und dem realen Handeln.

Ich denke, dass Trump seine Wähler natürlich massiv enttäuschen wird. Er wird nichts für sie tun. Möglicherweise wird es einen Boom geben durch eine Investitionsinitiative. Das kann sein. Es gibt genügend ungenutzte Kapazitäten in den USA, um Straßenbau zu forcieren. Da sehe ich keine Engpässe. Wenn er das Geld findet, dann kann es sein, dass es eine Bubble gibt, und die Börsenkurse mögen steigen, weil er ja eine Unternehmenssteuerreform verspricht. Aber dass daraus stabile Arbeitsplätze entstehen, ob das langfristig überhaupt einen Sinn hat, das sehe ich nicht. Ich habe ganz Ähnliches beobachtet wie Herr Kirchhoff. Ich war auf einer Tagung mit Stanford- und Berkeley-Universitätsprofessoren. Da ging es um die Hightech-Initiative in Deutschland. Die Amerikaner äußerten sich alle bewundernd über unser Modell, und zwar standen im Vordergrund, was Sie sagten, Herr Hüther, die Clusterbildung, die Vernetzung der Betriebe untereinander. Als zweites haben sie unsere deutsche Berufsausbildung bewundert. Sie haben nämlich unterhalb der akademischen Ausbildung nichts. Die Stanford-Ingenieure haben gesagt: Unsere Ingenieure sind tief frustriert, weil sehr viele von ihnen als Supervisor enden, nämlich auf der Ebene der mittleren Führungskräfte, die die Qualität der Arbeit der An- und Ungelernten unter sich kontrollieren müssen, was bei uns die Facharbeiter – das wissen Sie, Herr Kirchhoff – in ihren Betrieben ganz selbstverständlich selber machen. Und wenn, dann müssen die Meister das machen. Aber im Wesentlichen wird ja bei uns Qualität produziert. In den USA müssen sie ständig kontrollieren. Das ist ein Riesenproblem für das verarbeitende Gewerbe, aber auch für andere Bereiche.

Und die Amerikaner haben gar nicht mehr die Erwartung an Qualität. Wenn ich in ein amerikanisches Hotel gehe, da fängt meine Frustration an der Rezeption an. Wenn ich nach irgendwas frage, was nicht zum Standardeinchecken gehört, dann muss der Supervisor kommen. Die USA sind also voller Supervisors, weil es dort zu wenig Berufsausbildung gibt – und viel unqualifiziertes Personal.

(Beifall)



*Die Teilnehmer des Dreikönigsforums: Dr. Frank Wackers, Prof. Dr. Gerhard Bosch, Moderator Holger Steltzner, Andreas Ehlert, Prof. Dr. Michael Hüther, Arndt G. Kirchhoff ( von links nach rechts)*

### **Moderator Holger Steltzner:**

Um nach Europa zurückzukommen, Herr Kirchhoff: Das Nachbarland Niederlande ist nicht so zentralistisch organisiert. Es pflegt ähnlich wie Deutschland föderale Strukturen. Es kennt auch den Ausgleich, im Prinzip werden dort auch im Konsens mit Gewerkschaften zusammen Tariflöhne entwickelt. Gleichwohl hat sich das politische Klima dort sehr verändert. So ist das auch in Österreich der Fall, das ebenfalls ein föderal strukturiertes Land ist, zwar mit einer ganz starken Kapitale mit Wien. Es hat aber auch eine Regionalentwicklungskompetenz. Die Niederlande sowieso.

Jetzt haben wir das Problem, dass diese Terrorangst nach den Anschlägen in Frankreich, Deutschland und Belgien nicht nur das Klima verändert hat, sondern auch das Gefühl für Sicherheit ausgehöhlt hat. Auch die Debatte über Migranten und Multikulti wird wesentlich schärfer geführt. Gemeinhin schaut man immer so auf die großen Länder Deutschland und vorneweg noch die Wahl in Frankreich, tatsächlich

aber wird schon Mitte März in den Niederlanden gewählt. Dort liegt allen Umfragen zufolge mit großem Abstand die Partei für die Freiheit von Geert Wilders weit vorne, der nicht nur den Islam ablehnt und den Euro, sondern auch die EU insgesamt. Was würde denn ein Wahlsieg von Geert Wilders für Nordrhein-Westfalen bedeuten, das ja auch bis in die logistischen Ketten und die Infrastruktur, wenn man an Antwerpen und Rotterdam denkt, aufs Engste mit diesem wirtschaftlich starken Nachbarn verbunden ist?

### **Arndt Kirchhoff:**

Ich glaube, das beschäftigt uns alle. Wenn ich die Antwort wüsste, würde ich sie Ihnen gerne sagen. Ich kann eigentlich nur – ich bin kein Politikwissenschaftler – vermuten, woran es liegt.

Ich meine, Europa – das schreiben die Medien und das sagen wir, wenn wir sprechen – ist ja eigentlich das Friedensprojekt schlechthin, was wir in den letzten über 70 Jahren auf der Welt erlebt haben. Wir haben so ein Gefühl, dass das im Augenblick gefährdet ist.

Wenn ich das sage, dann beziehen viele Nationen – so die Niederlande, so auch Österreich und andere – dieses Gefühl auf sich und fragen: Was erwarte ich von meinen politisch Handelnden, von meiner Regierung in einer solchen Situation?

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Erstens – das überwiegt im Augenblick für mich noch, aber das ist eben die große Unsicherheit in vielen Bereichen – tun sie alles, dass Europa nun wirklich zusammenrückt und beweist, dass Europa das in den Griff bekommt. Wir diskutieren seit vielen Jahren unter anderem die Aufgabenteilung. Dazu gehört das Subsidiaritätsprinzip. Was sollen die Nationen machen? Was will Brüssel machen? Dazu werden seit Jahren Pünktchenlisten erstellt. Ich finde sehr bedauerlich, dass es dabei zumindest für mich und für viele andere auch nicht sichtbar nach vorne geht, sodass Europa von Tag zu Tag schwächer wirkt, auch wenn es das vielleicht gar nicht ist.

Wenn das die Staatengemeinschaft nicht hinbekommt – durch den Brexit wird sie jetzt ja kleiner –, dann haben sie natürlich die Möglichkeit, es so zu machen wie Herr Orban, in dem sie politisch im eigenen Land richtig führen und ihrer Bevölkerung – ich war die letzten zwei Tage in Ungarn – zeigen, dass sie sich um ihr Land kümmern. Die haben eine Arbeitslosigkeit, die mittlerweile niedriger als die Deutsche ist. Sie kommen von zweistelligen Zahlen, liegen jetzt bei unter 5 Prozent. Die Leute haben alle Jobs, fühlen sich sicher. Das ist, glaube ich, das, was die Menschen wollen. Ich spüre, dass das im Augenblick auch von ziemlich allen Parteien ins Wahlprogramm für dieses entscheidende Jahr aufgenommen wird.

Wenn ich darunter einen Strich ziehe, dann heißt das für mich, wir müssen, um die Demokratie zu retten – ob das in Holland gelingt, weiß ich nicht; die Zeit ist vielleicht ein bisschen zu kurz –, den von uns Gewählten abverlangen, Entscheidungen zu treffen. Das Hinauszögern, das wir vielfach erleben – auch schon seit vielen Jahren in Deutschland; nicht erst seit dieser Regierung; das ist schon lange so, wie wir wissen –, verbessert die Situation nicht. Das Zurückdelegieren, wie wir es beim Brexit erlebt haben und wie es in anderen Gegenden plötzlich auch passiert, dass man sagt, ich weiß es nicht, ich will auch nicht entscheiden, ich frage mal wieder mein Volk, das

geht total daneben. Das weiß auch jeder verantwortliche Politiker.

Es ist sowieso nicht angenehm Politiker zu sein, wie ich als Unternehmer glaube. Ich beneide die Damen und Herren nicht, bewundere das sogar eher, aber ich glaube, sie haben jetzt noch viel mehr Verantwortung, die Entscheidungen zu treffen, wie es in einer Demokratie nämlich vorgesehen ist. Dazu sind sie gewählt. Dann müssen sie diese Pflicht leider auch wahrnehmen. Die Entscheidung kann richtig oder falsch sein. Das spielt dann keine Rolle. Das werden wir merken, dann korrigiert es der Wähler. Wenn die Entscheidung richtig ist, dann ist es auch gut. In dem Fall werden sie wiedergewählt und bestätigt. Aber das ist jetzt angesagt. Es kann nicht sein, dass wir jetzt alle verschreckt gucken. Ich mache mir über das Thema „Demokratie“ wirklich Gedanken, auch natürlich über das Thema „Europa“. Das werden Prüfsteine werden. Ich meine, so hat es die Kanzlerin auch gesagt, wenn ich die Neujahrsansprache richtig verstanden habe. Das sind Prüfsteine. Holland ist der erste, Frankreich der zweite, Italien haben wir auch noch, Deutschland haben wir. Wir haben also eine schwierige Situation. Aber ich kann Ihnen die Lösung nicht nennen. Das ist nicht mein Beruf, und ich habe auch keine wissenschaftliche Befähigung dazu.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Und wir haben Nordrhein-Westfalen auch noch als Prüfstein, Herr Hüther. Mein bekannter Kollege Fleischhauer vom „Spiegel“ hat in seiner jüngsten Kolumne etwas unter der Überschrift „Failed State NRW“ geschrieben:

„Als der Polizei in Chemnitz im Herbst ein Terrorverdächtiger entwichte, war vom ‚Sachsenstumpf‘ die Rede. Wie soll man das nennen, was in NRW passiert, wenn es um Terrorabwehr geht?“

Er zählt dann auf, dass der Attentäter von Berlin seit Sommer 2015 unbehelligt in Deutschland lebte, obwohl er schon bei der Abgabe seines Asylantrages die Behörden zu täuschen versuchte, indem sich der Tunesier als Ägypter ausgeben wollte. Er verwendete 14 verschiedene Namen, wurde mit gefälschten Papieren von der Polizei erwischt – was eine Straftat ist –, kam aber nach

zwei Tagen wieder frei, war zwischen Februar und November sieben Mal Thema im Terrorabwehrzentrum. Die Behörden in NRW hätten ihr Äußerstes getan, sagte der Innenminister Ralf Jäger bei der Sondersitzung des Düsseldorfer Landtags. Man sei an die Grenze des Rechtsstaats gegangen. Meint Jäger damit, dass der Bürger in Deutschland nicht mehr darauf vertrauen kann, dass ihn der Rechtsstaat auch schützt, oder ist NRW nicht in der Lage, einen kriminellen Gefährder, der sogar auch noch wegen Sozialbetrug aufgefallen war, festzusetzen?

**Prof. Dr. Michael Hüther:**

Und zu dieser nicht ökonomischen Frage wollen Sie jetzt von mir eine Antwort? Ich kann dazu nur in Grenzen etwas sagen. Was ich durch das Zuhören bei Innenministern und anderen einfach lerne, ist, dass wir zunächst einmal das Problem haben, dass wir in Deutschland 16 verschiedene Polizeigesetze haben plus noch zwei für den Bund und dass diese Polizeigesetze schon nicht harmonisiert sind in der Frage, ab welchem Alter man Gefährder wie behandelt. Da gibt es die Altersgrenze 12, 16 oder 14, sodass schon die Übergangssituation von einem Bundesland zum anderen in der Frage, wie man einen solchen Gefährder überhaupt behandelt, eben der Rahmen der jeweiligen Rechtslage, eine andere ist.

Die erste Feststellung ist – nicht als Ökonom gesprochen –, öffentliche Sicherheit ist ein globales oder deutschlandweites öffentliches Gut. Das kann ich nicht durch Wettbewerb der Bundesländer in der Bereitstellung besser machen. Der Wettbewerb der Länder funktioniert hier nicht. Da muss ich auch den Mut haben, den Bund in eine andere Steuerungsverantwortung zu bringen. Wir brauchen kein zentralistisches System wie in Frankreich, das auch seine Schwächen hat und vor Ort auch nicht funktioniert, wo gar keine Entscheidungskompetenz da ist. Aber ich glaube, das wäre erst einmal der erste Punkt.

**Moderator Holger Steltzner:**

Wie viele es jetzt auch gefordert haben.

**Prof. Dr. Michael Hüther:**

Ich halte das für sehr überzeugend. Dazu kann ich als Ökonom argumentieren und sagen: Wettbewerb kann ich bei öffentlichen Gütern nicht wirklich gut organisieren, die nicht transparent in der Leistung sind. Die Polizeigesetze sind nicht transparent. Wo soll denn da Wettbewerb entstehen?

Da müssen die Länderinnenminister auch einmal über ihren Schatten springen und nicht reflexhaft – da ist völlig egal, aus welcher Partei die kommen – auf den Vorschlag des Bundes reagieren. Wir müssen dann warten, bis der nächste Terroranschlag passiert ist und wir dann wieder feststellen, es hat eigentlich nicht funktioniert. Im Grunde ist es wie im Unternehmen auch. Die Probleme gibt es nicht da, wo eine klare Kette von Zuständigkeiten vorhanden ist, sondern da, wo es Schnittstellenprobleme gibt. Es gibt immer das Schnittstellenproblem. In der Bundesrepublik Deutschland haben wir das Schnittstellenproblem durch die Bundesländer. Und das lassen wir in einem Bereich zu, wo es nach meinem Dafürhalten nicht richtig funktioniert. Ob der Herr Innenminister das hier richtig beschrieben hat, kann ich nicht sagen, weil ich die Details nicht kenne.

Nordrhein-Westfalen hat sicherlich unnötige Schwächen. „Failed State“ finde ich jetzt aber auch nicht nett.

**Moderator Holger Steltzner:**

Ich auch nicht, aber ich kann an einem solchen Zitat nicht vorbei.

**Prof. Dr. Michael Hüther:**

Das ist klar. Aber es hilft am Ende auch nicht. Sondern am Ende muss man feststellen, wo sind Schwächen vorhanden und wo können wir handeln.

Sicher ist zu sehen, die Dinge sind nicht richtig priorisiert worden. Das gilt auch für die Reaktionen zu Silvester 2015. Mein Institut sitzt ja in Köln. Das ist dann schon nicht lustig. Das ist sicherlich eher ein politisches Versagen in der Zu-



weisung von Verantwortung gewesen. Und da passiert leider in Nordrhein-Westfalen ein bisschen zu viel.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, Herr Bosch, hat ja sein Unverständnis über den Fall Amri geäußert mit dem Zitat: „Es kann nicht sein, dass wir einen Gefährder nach zwei Tagen entlassen, obwohl man ihn bis zur Abschiebung 18 Monate in Haft hätte halten können.“

Man fragt sich, was eigentlich die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dazu sagt. Auf ihrer gestrigen Pressekonferenz sagte sie, bis zur Wahl sei die Zeit für einen Untersuchungsausschuss zu knapp. Deshalb solle der Fall Amri parteiübergreifend behandelt werden.

Was bedeutet das eigentlich? Ist das ein Ablenkungsmanöver, oder vertraut Frau Kraft ihrem Innenminister nicht mehr wirklich? Wie muss man das politisch verstehen „partiübergreifend behandeln“?

#### **Prof. Dr. Gerhard Bosch:**

Wie man das politisch verstehen muss, ist eigentlich ziemlich klar. Frau Kraft möchte nicht, dass ein Untersuchungsausschuss zum Instrument des Wahlkampfes wird. Das ist die Intention dahinter. Das kann ich auch gut verstehen. Da ist vieles schiefgelaufen. Die Antwort darauf sollte nicht sein, dass im Wahlkampf jetzt Schuldzuweisungen hochgepusht werden, sondern wir

haben hier ein ernsthaftes Problem. Ein solches Versagen hätte meines Erachtens in jedem anderen Bundesland auch passieren können. Ich weiß nicht, welche polizeilichen Überlegungen dahinterstanden. Man observiert Leute, und bei der Observation überlegt man sich, wann man zuschlägt, ob man nicht versucht, noch Hintermänner festzunehmen, sonst bekommt man nur eine Person. Also solche Überlegungen können dabei eine Rolle gespielt haben. Diese Überlegungen werden wir mit Sicherheit niemals ganz in der Öffentlichkeit zu hören bekommen. Das wäre auch falsch, weil das wirklich eine Frage der polizeilichen Ermittlungsarbeit ist. Ich wundere mich manchmal schon, wieviel Details aus solchen Ermittlungsarbeiten bekannt gegeben werden, weil diese natürlich immer eine Informationsquelle auch für die entsprechenden Leute sind, sich anders zu verhalten. Man wird sich deshalb genau überlegen, was man in solchen Fällen macht.

Ich halte das für richtig. Allerdings wird man dieses Thema nicht aus dem Wahlkampf heraushalten können. Das ist eine Vorlage für die Oppositionsparteien. Das sehe ich so. Die werden das natürlich nutzen. Aber damit ist noch kein einziges der ernsthaften Probleme gelöst.

Ich weiß nicht, ob diese 500 bis 600 Gefährder, die angeblich jetzt schon observiert werden, alle in Haft genommen werden können. Wenn man das kann und man sie – das halte ich für den entscheidenden Punkt; ich vermute, bei der jetzigen Beweislage wird man sie nicht zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilen können, weil sie die möglichen und unter Umständen schon geplanten Taten noch gar nicht begangen haben – in

die Heimatländer abschieden kann, wäre viel erreicht. Man muss dafür natürlich die nötigen Druckmittel aufbauen, damit Tunesien, Marokko und diese Länder sie auch zurücknehmen. Ich denke, das wird man nicht in der Öffentlichkeit ausdiskutieren können, weil dabei intern auch wahrscheinlich diplomatisch gedroht werden muss, dass man mit der Entwicklungshilfe und einigen anderen Zahlungen hantieren wird, wenn auf diesem Gebiet keine Zusammenarbeit stattfindet. Ich glaube, unsere Sicherheitslage wird sich nicht durch einen Untersuchungsausschuss, sondern durch gute Arbeit in diese Richtung verbessern.

**Moderator Holger Steltzner:**

Einen Untersuchungsausschuss gibt es ja zu Köln Silvester 2015/16. Das ist schon angeklungen. Dieser Untersuchungsausschuss könnte bis zur Wahl, Herr Wackers, seine Arbeit vielleicht beendet haben. Insofern ist innere Sicherheit natürlich ein Wahlkampfthema oder das Wahlkampfthema in NRW. Das ist keines, auf das die SPD leicht einzahlt, weil ihr da nicht die größte Kompetenz zugesprochen wird. Gleichzeitig ist es nicht nur mit dem einen Fall des Attentäters so, dass es in Nordrhein-Westfalen Probleme gibt, sondern es gibt zum Beispiel Probleme mit den landesweit organisierten und operierenden Diebesbanden aus Osteuropa. Man hat hier mehr Einbrüche als anderswo. Es gibt hier auch mehr dschihadistische Salafisten als anderswo und natürlich wegen des Verteilungsschlüssels mehr aus dem Maghreb stammende junge Menschen, die Probleme bereiten können.

Was bedeutet das für die SPD im Wahlkampf? Wie geht sie damit um? Welche Erwartung haben Sie?

**Dr. Frank Wackers:**

Die Ministerpräsidentin hat gestern auf Ihrer Jahresauftaktkonferenz genau dieses Thema bereits als Hauptwahlkampfthema für die Landtagswahl ins Visier genommen. Man kann seit einigen Wochen auch bei der SPD einen gewissen Wandel erkennen, was beispielsweise die Frage des Abschiebungsrechts betrifft. Insofern ist hier zu sehen, dass die SPD an der Stelle natürlich

Erwartungen ihrer Wählerschaft entsprechen muss, insbesondere im Ruhrgebiet.

Ich glaube auch, dass natürlich die soziale Frage, wenn Sie das einmal von den Konfliktlinien her sehen, von denen die SPD im Grunde bisher ihre Wählerschaft gezogen hat, angesichts der Bedrohungen im Bereich der inneren Sicherheit im Moment ein Stück weit zurücksteht. Insofern werden natürlich die Erwartungen an die SPD in Nordrhein-Westfalen lauter, für Sicherheit zu sorgen. Die Frage ist ja, was man vom Staat erwartet. Bisher haben viele SPD-Wähler die soziale Sicherheit als oberste Priorität und Kompetenz gesehen. Ich denke aber, dass die individuelle Sicherheit immer bedeutender für die Menschen wird. Sie sehen das auch daran, dass die AfD insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet zum Teil auch von SPD-Mitgliedern gestärkt wird. Bekannt ist ja der Fall des früheren SPD-Ratsherrn in Essen Guido Reil, der in Altenessen zunächst auf die Situation in dem Ortsteil aufmerksam gemacht hat, auf die Aufnahme von Flüchtlingen, und dann als Konsequenz – für einen Sozialdemokraten früher undenkbar – zur AfD gegangen ist. Insofern gibt es hier inhaltlich schon gewisse Schnittmengen, die natürlich die SPD in dieser Region ganz ernst nehmen muss. Es scheint dazu offensichtlich eine gewisse strategische Umkehr gegeben zu haben. Jedenfalls unterscheiden sich im Bereich der inneren Sicherheit die Positionen der Grünen inzwischen sehr stark von denen der SPD. Sie konnten das an der Wortmeldung von Frau Peter und den Reaktionen darauf erkennen.

**Moderator Holger Steltzner:**

Aber sie hat auch Zunder aus ihrer eigenen Partei bekommen.

**Dr. Frank Wackers:**

Ich will dazu sagen: Die SPD hat das erkannt, die Grünen bisher noch nicht. Ich bin deshalb sehr gespannt, inwieweit es der SPD gelingen wird, dieses Potenzial, was möglicherweise zwischen AfD und SPD schwankt, bis zur nächsten Landtagswahl an sich zu binden.

**Moderator Holger Steltzner:**

Herr Hüther, jetzt zur wirtschaftlichen Bilanz von Nordrhein-Westfalen. Im Mai wird gewählt. Wir haben es vorhin gehört – Herr Ehlert hat es ausgeführt –, es gibt zwar die erfreuliche Konjunktur im Handwerk, aber so richtig zufrieden kann man nicht sein, weil die Wirtschaft im einst so starken – auch wachstumsstarken – Nordrhein-Westfalen sich schlechter entwickelt als im Rest von Deutschland. Es gab auch schon die Andeutung mit der Statistik zu den Daten aus dem letzten Jahr. Ich zähle es noch einmal auf: Baden-Württemberg plus 3,1 Prozent, Bayern plus 2,1 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern plus 1,9 Prozent, Nordrhein-Westfalen 0,0 Prozent.

Wirtschaftspolitische Priorität wünscht man sich, fordert sie vielleicht auch ein, aber man erhält sie nicht – angesichts der innenpolitischen Diskussionen weniger vielleicht sogar als zuvor, gleichzeitig braucht man genau diese Erfolge in der Wirtschaftspolitik, um die Mittel dafür zu haben, um zum Beispiel für innere Sicherheit effizient sorgen zu können. Wie können wir aus diesem Teufelskreis herauskommen?

**Prof. Dr. Michael Hüther:**

Vielleicht sollten wir uns noch einmal klarmachen, wo wir wirklich stehen. Das ist ja nicht nur die Geschichte von einem Jahr. Wenn man die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens nimmt – unterdurchschnittlich bezogen auf die Bundesrepublik –, dann kann das eigentlich bei einem Land mit 18 Millionen Einwohnern als Kernland nicht wirklich sein. Wir sind ja nicht nur in den BIP-Zahlen schlechter, sondern das gilt auch für die Arbeitsmarktpformance, es gilt auch für Armutsindikatoren. Man darf nicht die neuen Länder mit hineinnehmen, die immer noch eine andere Dynamik und Grundzüge aufweisen. Aber verglichen mit den anderen westdeutschen Flächenländern hat sich Nordrhein-Westfalen an die letzte Stelle gestellt, wie man fast sagen muss, weil es keine Bewegung gibt.

Das ist in der Tat etwas, dass es einem Land dieser Größe – das können Sie mit den Niederlanden und anderen Ländern vergleichen – über lange Zeit nicht gelungen ist, eine wirklich kohärente Wirtschaftspolitik zu machen, die jenseits

der Traditionspflege im Ruhrgebiet das Gesamte gesehen hat.

Wir haben uns das auch einmal regional angesehen. Man hat über lange Jahrzehnte – ich lasse das einmal bewusst offen – immer das Ruhrgebiet betrachtet. Es ist richtig, Ausgleichsprozesse usw. anzusteuern. Aber die Frage ist, wie man etwa Dortmund, die Halbmillionenstadt in der Bundesrepublik Deutschland mit dem geringsten Industrieanteil, belebt, nicht nur mit dem Blick auf Dortmund, sondern auch mit dem Blick vielleicht auf den Märkischen Kreis, auf das, was sozusagen in der Nähe liegt, also die Vernetzung. Wenn eine 500.000-Einwohner-Stadt aus dem Strukturwandel heraus Dienstleistungszentrum wird, wissen wir aber auch, dass die Dienstleistung nicht von sich allein lebt, sondern sie ist in Deutschland dann besonders dynamisch, wenn sie sich einbettet in industrielle Bezüge. Die habe ich aber halt in Dortmund nicht mehr, sondern in Iserlohn oder in Lüdenscheid. Da muss ich überlegen, wie ich da auch die Verkehrszusammenhänge herstelle. Also in diesen anderen räumlichen Zusammenhängen ist zu denken.

Ich bin im großen Nordrhein-Westfalen aufgewachsen, habe bis zum 18. Lebensjahr hier gelebt. Dieser fast manische Bezug auf die Bergmannskapellen und das Ruhrgebiet ist ja nicht nur metaphorisch oder emblematisch von Bedeutung, sondern hat auch im Kern nachgewirkt. Deshalb hat man manches einfach nicht erkannt. Man hat einfach diese Vernetzungspotenziale zu spät gesehen.

Nehmen Sie einmal einen Vergleich. Das ist zwar immer ein bisschen mies, aber Bayern hat in den 90er Jahren aus Privatisierungserlösen sechs Fachhochschulen in strukturschwachen Regionen neu gegründet. Nicht jede Fachhochschule ist per se eine Erfolgsgeschichte. Aber Sie können sich an Amberg-Weiden, Deggendorf oder Rosenheim anschauen, wo man durch diese Fachhochschulen auf einmal einen Kern der Entwicklung gesetzt hat, der dann in der Zusammenarbeit mit modernen Dienstleistern und Industrie etwas bewegt hat. Auch so etwas ist in Nordrhein-Westfalen viel zu lange in einem unnötig ideologischen Kampf betrieben worden, was die Gesamthochschulen und ihre Positionen im Blick auf die Universitäten anging. Auch da

ist der Nachholbedarf aus dieser Zeit unglaublich groß.

Auf der anderen Seite gilt ja, dass sich dies alles spiegelt in einer Situation der Landesfinanzen, die nun wirklich nicht so erfreulich ist. Wir haben heute die Zahlen des Bundesfinanzministers gehört. Das sieht auf der Ebene gut aus. Aber hier ist im Grunde eine Überdehnung organisiert worden eher von sozialpolitisch orientierten Handlungsbereichen, statt nachhaltig Strukturen zu fördern. Eine Abfederung muss man zwar machen, aber die Öffnung nach vorne hin fehlt. Das ist halt keine einfache Geschichte.

Interessant ist ja, dass man durch Landespolitik doch schneller Weichen stellen kann, als man denkt, wenn ich mir das Durchreichen Baden-Württembergs im Bildungsranking anschau. Baden-Württemberg war über Jahrzehnte beim Bildungsranking immer vorne mit dabei – zusammen mit Bayern und Sachsen. Sehen Sie sich einmal an, was passiert ist, wie schnell sich auch mit Landespolitik das ändern kann – offenkundig ist es leichter, Anschluss zu verlieren, als Anschluss zu gewinnen; es gibt dabei eine Asymmetrie. Jetzt fängt man in Baden-Württemberg hektisch an, sich mit der Bildungspolitik wieder zu befassen, was aus nordrhein-westfälischer Sicht dort nie das zentrale Thema war.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen auf der anderen Seite gewaltige industrielle Kerne. Im Märkischen Kreis gibt es in einem hohen Maße Industrialisierung. Der Industriebesatz ist nur noch einmal im Kreis Heilbronn so hoch. Aber die haben dort – jetzt komme ich wieder zum Thema der Vernetzung – die Leitstadt Stuttgart. Und was haben wir hier? Also es geht um diesen Vernetzungsgedanken. Bei all den Diskussionen, braucht man eine andere Struktur der Regierungsbezirke oder was auch immer, geht es am Ende um die Frage, fördert die Infrastruktur diese Vernetzung, die dann auch neue Kerne möglich macht.

In den neuen Bundesländern sehen wir, dass das durchaus funktioniert. Erinnern wir uns an die Diskussionen, die wir dazu vor 25 Jahren geführt haben – auch der Sachverständigenrat –, soll man Wachstumskerne schaffen oder ausgießen. Am Ende hat man doch gesagt, wir müssen uns das genau überlegen. Es sind dort auch Entwick-

lungen in Gang gekommen. Sie haben heute in Thüringen und Sachsen einen Industrieanteil von rund 23 Prozent wie in den Flächenländern hier auch. Also das funktioniert. Und das ist keine rückwärtsgewandte Industrialisierung. Also müssen wir doch von dem ausgehen, was wir haben. Das heißt aber, sich ein bisschen mehr zu öffnen. Man muss auch den Mut zur Umschichtung haben. Es bleibt aber der Politik anheimgestellt, dies dann auch zu tun, also auf diesem Gebiet einmal diszipliniert zu sein und nicht nur immer alles wegzureden. Bei bestimmten Themen ist sie auch irgendwie persistent. In der Schulpolitik hat sie auch lange nichts gemacht. Man kann auch einmal beharrlich bei einem Reformkurs bleiben.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Nehmen wir noch einmal die Industrie und dieses Image vom Ruhrgebiet, das ja sehr stark für Nordrhein-Westfalen insgesamt prägend ist, obwohl dieses Bundesland viel mehr ist als nur das Ruhrgebiet. Wird das aus Hessen betrachtet häufig verkürzt wahrgenommen, vielleicht auch in der Landespolitik?

Herr Kirchhoff, Sie sind doch das beste Beispiel dafür, dass es großartige, erfolgreiche – auch global erfolgreiche – Zulieferbetriebe gibt. Es existieren innovative Dienstleister in Nordrhein-Westfalen. Es befinden sich hier großartige, erfolgreiche Handwerksbetriebe, die auch eine Größe und eine Geschäftstätigkeit haben, die weit über Nordrhein-Westfalen hinausragen.

Ja, es gibt die Probleme mit den Stromkonzernen. Auch in der Chemie war die Konjunktur vielleicht einmal besser. Aber Nordrhein-Westfalen und seine Wirtschaft ist doch viel mehr als nur das Ruhrgebiet. Warum gelingt nicht ein Imagewandel? Warum ist das Ruhrgebiet so in den Köpfen vorherrschend und damit der Kampf – ich will das einmal überspitzt sagen – gegen diesen ewigen Strukturwandel? Auf der anderen Seite sieht man, wie wunderbar er gelingt.

#### **Arndt Kirchhoff:**

Ich bin vielleicht ein ganz gutes Beispiel. Ich bin im Ruhrgebiet geboren, nämlich in Essen, und

arbeite seit den letzten 25 Jahren in Südwestfalen. Dazu gehören auch der Märkische Kreis und diese Gebiete. Also in Gebieten, wo wir 50 Prozent Industrieanteil am BIP haben, also doppelt so viel wie Deutschland im Schnitt. In Ostwestfalen ist es ähnlich.

Sie können unterscheiden zwischen Ruhrgebiet und Westfalen. Ich will jetzt nicht sagen, dass das Image vom Ruhrgebiet schlecht ist. Das darf man nicht mit dem Tabellenplatz verwechseln. Der Tabellenplatz ist schlecht. Das gibt es übrigens auch im Fußball. Das Image ist gut, aber der Tabellenplatz ist auch nicht ausreichend. Ich habe auch einen Verein, der müsste eigentlich besser sein, weiter oben stehen.

Was muss man machen? Die Zeiten sind komplexer geworden. Wir haben dann noch Times of Change. Wir müssen nicht nur Strukturen verändern, und es brechen auch Strukturen mal weg – das ist so –, sondern wir haben auch noch fortschrittliche Bereiche. Prof. Hüther erzählte gerade von Stanford und Silicon Valley. Wir haben gewaltige Aufgaben vor uns. Dazu lauten die Stichworte „Vernetzung“ und „Digitalisierung“. Es geht darum, wie wir das Wissen, das dort kreiert wird, mit unseren Spitzenprodukten und Prozessen in irgendeiner Form so kombinieren, dass wir am Ende hoffentlich gewinnen. Das eröffnet natürlich Chancen. Als Unternehmer sehen wir sowieso immer Chancen. Auch die Wirtschaft ist ja eigentlich optimistisch – so wie das Handwerk.

Die Frage ist, wie wir von den letzten Tabellenplätzen wegkommen. Präsident Ehlert sprach die alle an. Die sind uns auch alle bewusst. Auch dort muss sich einfach der Politikstil ändern. Politik muss heute mehr denn je eine Querschnittsaufgabe sein. Die Zusammenhänge sind nämlich nicht so einfach. Grundsätzlich ist Bildung der Nährboden für jeden erfolgreichen Wandel. Ich denke, das sieht jeder so in Deutschland, auch jede Partei. Das Thema muss natürlich laufen. Das ist aber in Nordrhein-Westfalen sehr gut, auch wenn die PISA-Platzierungen nicht immer befriedigend waren. Sehen Sie sich einmal die Hochschullandschaft an. Wir haben Spitzeninstitute von Aachen bis Münster. Auch Fachhochschulen, die in den letzten 35 Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, sind sehr erfolgreich. Manche davon sind auch schon Universi-

täten geworden. Wir haben hier also eine Hochschul- und Bildungslandschaft wie kein anderes Bundesland.

Nordrhein-Westfalen verfügt immer noch über einen sehr hohen Industriebesatz. Das sind die nicht schlechten Grundvoraussetzungen. Jetzt muss aber priorisiert werden. Wenn ich sage, das ist eine Querschnittsaufgabe, dann muss ich Prioritäten setzen: Wirtschaft soll Nummer eins sein, und Wachstum muss zurückkommen. Das gilt für das Handwerk wie für die Industrie, also für die gesamte Wirtschaft. Nach der inneren Sicherheit ist nämlich das Thema Arbeitsplatzsicherheit oder wie komme ich wieder an einen Arbeitsplatz, wenn ich in Duisburg lebe – das hat auch etwas mit Sicherheit zu tun, nämlich Lebenssicherheit –, das zweitwichtigste Thema. Die Politik muss sich daran ausrichten. Dann darf nicht jedes Ressort wie früher, wie es übrigens in Brüssel auch noch ist – das gilt auch für die Bundesrepublik und auch für Nordrhein-Westfalen, da vielleicht noch schlimmer –, machen, was es will, sondern muss koordinieren, muss die Querschnittsaufgabe sehen, priorisieren und sagen, okay, Sicherheit an Nummer eins, Wirtschaft an Nummer zwei.

Jetzt habe ich noch weitere Aufgaben und Wünsche. Natürlich wollen wir uns auch um die Umwelt kümmern, wir wollen die Energiewende gestalten – das ist mehrheitlich Konsens –, also wie bekomme ich alle diese Felder hintereinander. Dann darf ich aber nicht die falschen Prioritäten setzen und nicht sagen, der eine macht Umwelt und das ist jetzt gerade wichtiger. Das Thema „Wasser“ ist jetzt wichtiger, als dass die Arbeitsplätze „funktionieren“. Natürlich ist das Grundthema „Wasser“ wichtig. Aber die Frage ist, ob ich auf diesem Gebiet noch mehr Bürokratie aufbaue und noch sechs weitere Erlasse herausgebe.

Wir diskutieren Gott sei Dank darüber. Da hat sich auch viel verbessert. Wir haben mit dem Handwerk, der Industrie, der Wirtschaft insgesamt und den Gewerkschaften eine von der Ministerpräsidentin eingerichtete Arbeitsgruppe mit einer Clearingstelle, wo wir eigentlich alle Gesetze vorher behandeln und wo wir auch ein sogenanntes Vetorecht haben. Alles, was wir dort empfohlen haben, ist bisher sehr langsam umgesetzt worden. Es ist zwar in den Landesentwicklungsplan eingegangen, aber das heißt, da darü-

ber immer noch diskutiert wird, auch noch nicht, dass es gemacht wurde. Ganz klar erkennbar ist jedoch, dass ein paar Aufgaben vordringlich erledigt werden müssen. Ich habe im Augenblick den Eindruck, es soll alles parallel nach vorne entwickelt werden. Das wird nicht funktionieren.

Ich muss ganz eindeutig sagen, was sind die Prioritäten eins, zwei, drei und vier. Daran muss sich auch das politische Handeln ausrichten. Das ist etwas, was wir uns in Nordrhein-Westfalen wünschen. Auf diesem Gebiet ist Nordrhein-Westfalen nicht so gut wie Bayern.

Es mag sein, dass Baden-Württemberg im Augenblick sich hier oder da ändert. Ich habe das noch nicht so wahrgenommen, wie Herr Prof. Hüther es zu dem Bildungsthema gesagt hat. Meine Wahrnehmung ist, dass Nordrhein-Westfalen einen sehr starken Mittelstand besitzt. Der ist übrigens auch stärker als in anderen Bundesländern. Der Kern des Mittelstandsbesatzes ist noch da. Aber der Mittelstand wird auch heute noch in Baden-Württemberg besser gefördert als in Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen uns überlegen, was wir eigentlich wollen. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Regierung in Baden-Württemberg mittelstandsfeindlich ist. In Nordrhein-Westfalen müssen wir mittelstandsfreundlicher, unternehmerfreundlicher werden. Wir müssen eine ganz andere Willkommenskultur entwickeln.

Ja, wir haben hier etwas aufzuholen. Aber wir haben unglaubliche Chancen. Prof. Hüther hat das ausgeführt. Den starken Industriebesatz in Westfalen kann ich nicht ins Ruhrgebiet kopieren. Das muss ich auch nicht machen. Übrigens: In der heutigen Zeit will ich ihn da auch gar nicht mehr haben. Wo fünf Millionen Menschen wohnen, möchte ich heute keine Schwerindustrie mehr. Das war vor 100 Jahren anders. Ich soll deshalb nicht versuchen, den dahin zu bekommen, denn dann habe ich ganz andere Probleme – dann gibt es Emissionsprobleme, Krach und alles Mögliche.

Ich muss überlegen, wo in der Neuzeit die Stärken eines solchen Ballungsraumes liegen. Sie bestehen darin, dass ich zum Beispiel Smart Citys mache. Da gibt es Jobs ohne Ende – im Dienstleistungsbereich und übrigens auch für das Hand-

werk. Es müssen keine produzierenden Industrieunternehmen nach alter Sitte sein. Das wäre völlig verkehrt. Die Entfernungen sind ja auch nicht so groß. Natürlich muss ich eine Infrastruktur schaffen, dass das Ruhrgebiet mit dem westfälischen Gebiet vernünftig und schnell kommunizieren kann. Das muss ich schaffen. Das ist eine Grundvoraussetzung. Das weiß jeder. Da erwarte ich natürlich, dass das viel schneller geht. Das geht bisher natürlich zu langsam.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Beim Breitbandausbau hinkt man wohl noch hinterher.

#### **Arndt Kirchhoff:**

Natürlich.

#### **Moderator Holger Steltzner:**

Bevor wir zu diesem Thema kommen, noch einmal zur Bildung. Mich hat das ein bisschen irritiert, Herr Hüther und Herr Bosch. Ich habe mir die IW-Studie auch angeschaut. Da lag im allgemeinen Bildungsranking NRW auf Platz 14 und bei der beruflichen Bildung war es Rang 16 von 16. Das klang ganz anders, als Sie es jetzt gesagt haben mit Blick auf die Universitäten. Rang 16 von 16 kann ich mir bei der beruflichen Bildung gar nicht vorstellen. Ist das wirklich so? Herr Hüther, Sie müssen jetzt Ja sagen.

#### **Prof. Dr. Michael Hüther:**

Man muss da unterscheiden. Hier haben wir nach meinem Dafürhalten ein engeres Wettbewerbsfeld. Wir haben trotzdem natürlich ein Ranking der Länder. Im Schulbereich ist das, denke ich, über viele Jahre evident.

Die Frage der beruflichen Bildung hat natürlich in den Bundesländern nicht immer die gleiche Priorität besessen. Heute singen alle das hohe Lied der beruflichen Bildung. Vor 15 Jahren war das durchaus anders. Ich kann mich an Zeiten erinnern, wo – das gilt zum Teil allerdings auch für die Unternehmerschaft – vor allen Dingen ge-

klagt wurde über die inflexiblen Zeitstrukturen, wann die Auszubildenden in den Berufsschulen und nicht verfügbar sind usw. Ich höre darüber nichts mehr. Es gab dann auch deutliche Kritik an der mangelnden Modernität der Berufsbilder. Das hat sich dramatisch verändert. Schauen Sie sich an, wie viele Berufsbilder neu entwickelt wurden. In den letzten Jahren sind Berufsbilder überarbeitet und neue entwickelt worden. Das funktioniert heute. Das ist ein bundesweites Thema.

Dann geht es letztlich um die Ausstattungsfrage vor Ort. Wie werden die Berufsschulen ausgestattet? Dann sind wir zum Teil wieder bei anderen Zuständigkeiten. Auch das ist etwas, wo ich mich manchmal frage, ob wir diese Differenzierung zwischen curricularer Zuständigkeit des Landes und Finanzierungszuständigkeit der Kommune brauchen. In diesem Gestrüpp verheddert sich ja auch eine konsistente Bildungspolitik. Es geht auch um die Frage, wie viel Priorität setzt man an Geldallokation dahin. Das ist in anderen Bundesländern eindeutig besser.

Wie insgesamt in Nordrhein-Westfalen überhaupt die Investitionsquote deutlich unter dem Bundesschnitt liegt, nämlich vier Punkte darunter.

### **Prof. Dr. Gerhard Bosch:**

Also da kann ich Ihnen überhaupt nicht folgen, Herr Hüther. Was Sie in Ihrem Bericht gemessen haben, ist der Anteil Jugendlicher in vollzeitschulischer Berufsausbildung. Das hat nichts mit dem dualen System zu tun. Entweder sind es andere Berufe, die nicht im dualen System ausgebildet werden, oder es sind Ersatzmaßnahmen, weil man nicht genügend Ausbildungsplätze gefunden hat.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat – das finde ich richtig – im Unterschied zu anderen Bundesländern immer darauf gesetzt, nicht zu viel vollzeitschulische Bildung als Ersatzmaßnahme vorzusehen, sondern betriebsnahe Maßnahmen mit Bildungsträgern zu fördern. Die werden in diesem Indikator gar nicht gemessen.

Zur Berufsschule: Ich halte die Berufsschulen für eine zentrale Säule der Innovation – insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe. Großbetriebe haben eigene Kapazitäten. Aber Klein- und Mittelbetriebe erhalten sehr viele Innovationsimpulse über die Berufsschulen und über die überbetrieblichen Ausbildungszentren. Wir haben keine einzige belastbare Studie in Deutschland, die wirklich vergleicht, wie die Ausstattung der Berufsschulen in den Bundesländern ist. Das wäre eine Aufgabe, die wir mal machen müssten. Das ist aber bisher nicht gemessen worden.

Zur Hochschule sehe ich das wie folgt: Nordrhein-Westfalen gibt über acht Milliarden Euro für Hochschulen aus. Das sind 11 Prozent des Landeshaushalts. Das ist relativ mehr als es Bayern und Baden-Württemberg tun. Wir exportieren Hochschulabsolventen nach Bayern. Das ist also sozusagen Entwicklungshilfe für Bayern. Gerade aus dem Ruhrgebiet ist die Abwanderung von Absolventen wegen der Arbeitsplatzsituation sehr hoch. Und die Fachhochschulen und die Universitäten sind eng vernetzt mit der regionalen Wirtschaft. Ich sehe da keinen Unterschied zwischen Baden-Württemberg und NRW. Es gibt auch keine belastbare Studie in der Wissenschaft dazu. Da wird also eine Karikatur von Nordrhein-Westfalen gezeichnet.

Mein letzter Punkt, der mir wirklich am Herzen liegt: Können wir wirklich solche Länderrankings machen? Ich meine, wir gehen auf den Wahlkampf zu. Das wird natürlich passieren. Aber Nordrhein-Westfalen hat 18 Millionen Einwohner, Niedersachsen hat deutlich weniger. Baden-Württemberg hat 10 Millionen. Das heißt, die Größe ist erst einmal ganz anders. Die Wirtschaftsstruktur ist völlig unterschiedlich. Das sehen wir auch beim europäischen Vergleich. Wir können die Wirtschaftsstruktur von Luxemburg nicht mit der Deutschlands vergleichen. Übrigens: In der Wissenschaft werden häufig solche absolut unsinnigen Vergleiche von klein und groß angestellt.

Unabhängig davon, wer hier regiert, kommt keiner darum herum, dass wir im Ruhrgebiet Altlasten haben. Ich sehe das ja ähnlich mit der Vernetzung wie Sie, Herr Hüther. Aber erst einmal hat die Montankrise dazu geführt, dass nicht nur Kohle und Stahl zurückgegangen sind, sondern dass sich auch die ganzen Vernetzungen

mit Chemie, mit örtlichem Handwerk aufgelöst haben. Das heißt, dabei sind viele Folgearbeitsplätze verloren gegangen.

Ich wohne in Dortmund und muss sagen, die Wirtschaftspolitik ist relativ ordentlich. Dort setzt man sehr stark auf die Hochschule, die Stadt zudem setzt auf ein neues Image, nämlich auch auf Lebensqualität. Es ist übrigens ein Problem, dass die Wirtschaft das zu wenig sieht. Sie will schnelle Straßen haben und so etwas, aber das Element der Lebensqualität für Ansiedlung wird völlig unterschätzt. Wir müssen eine attraktive Wohngegend schaffen. Im Ruhrgebiet war das früher nie ein Thema in der Wirtschaftspolitik. Das ist erst in den letzten Jahren wichtig geworden. Das halte ich für einen ganz entscheidenden Fortschritt. Mit der IBA war das erstmalig ein Thema, wo man aus seiner Industrietradition auch etwas touristisch Attraktives macht. Herr Ganser und Herr Zöpel waren sozusagen geniale Raumpolitiker, die leider in keiner Fraktion Nachfolger gefunden haben. Ich bedauere das.

Jetzt kommt die Energiewende hinzu. Die Energiewende trifft NRW noch einmal besonders, weil wir Hauptenergieproduzent in Deutschland sind. Der Personalabbau trifft noch einmal das Ruhrgebiet. Das ist wirklich ein gravierendes Problem.

Jetzt aber noch einmal zu Zahlen: Es gibt auch positive Nachrichten. Wir haben in NRW einen Zuwachs von fast einer Million sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung seit 2005 und – das ist wirklich erfreulich – erstmalig auch lang anhaltend im Ruhrgebiet. Wenn ich mir die Regionen ansehe, dann erkennen wir, dass wir Regionen haben, die besser dastehen als Baden-Württemberg. Wir haben eine hohe Differenzierung. Die Landespolitik orientiert sich nicht mehr nur am Ruhrgebiet. Ostwestfalen, Märkischer Kreis sind Vorzeigebjekte in der Technologiepolitik. Das ist eigentlich nicht das Problem.

Ich sehe das große Problem Nordrhein-Westfalens bei den Investitionen. Ich halte das Investitionsthema, das ein bundespolitisches und ein landespolitisches Thema ist, für eine Crux für viele Bereiche – für Europa, für Deutschland und für Nordrhein-Westfalen. Wir haben eine sehr niedrige öffentliche Investitionsquote vor allem dort,

wo die Kommunen verschuldet sind und hohe Sozillasten haben.

Ich muss sagen, Walter-Borjans ist meines Erachtens der beste Finanzminister der letzten 20 Jahre. – Entschuldigung, ich habe einen Anwesenden damit vielleicht gekränkt. Das war nicht meine Absicht. Das hatte ich vergessen. Aber unter vielen Guten kann es einen Besten geben.

Ich muss begründen, was ich sagen will: Nordrhein-Westfalen hat eine Schwäche in der Politik. Nordrhein-Westfalens Lobbyismus in Berlin war immer schlecht. Bayern hat immer einen Sonderstatus mit einer eigenen Partei eingenommen und konnte kompromisslos um die Töpfe kämpfen. In Nordrhein-Westfalen waren immer SPD und CDU die stärksten Unterstützer der jeweiligen Regierungsfraktion im Bund und konnten nicht richtig fordern und zulangen. Das ist ein systematischer Nachteil. Es ist zu wenig Lobbyismus gemacht worden. Das sieht man an folgendem Fakt: Wir hatten an den Verkehrsinvestitionen einen zu kleinen Anteil. Das ist in den letzten Jahren anders geworden. Es sind mehrere Stärkungspakete der kommunalen Finanzen durchgesetzt worden, über die Berlin bestimmte Sozialkosten übernommen hat. Das ist eine Investitionsinitiative.

Ich sehe das IW-Gutachten in einem anderen Punkt auch sehr kritisch: Dieses Herumreiten auf der schwarzen Null bei quasi null Zinsen, halte ich für falsch. Ich denke, wir sind mit der Haushaltspolitik im Moment auf einem Holzweg. Wir haben einen riesigen Investitionsstau in Deutschland. Wenn wir diese Situation mit quasi null Zinsen nicht nutzen, handeln wir ökonomisch nicht mehr rational. Diese schwarze Null hat eine ideologische Qualität. Die Verkehrsinfrastruktur ist wichtig, Investitionen in Schule sind ganz zentral. Ich habe, als ich studierte, die goldene Regel der Finanzwirtschaft gelernt, dass man sich in Höhe der Nettoinvestitionen verschulden kann. Das geht mit der Schuldenbremse nicht mehr. Aber wir müssten zumindest die Haushaltsmöglichkeiten absolut ausschöpfen, um die Investitionstätigkeit zu erhöhen.

Im Übrigen hat das eine europapolitische Dimension, weil ein Exportüberschuss von acht Prozent alle anderen EU-Länder auch in ökonomische Probleme bringt. Der Rest Europas wartet dar-

auf, dass wir eine ökonomische Lokomotive für ganz Europa sind. Diese Rolle müssen wir meines Erachtens wahrnehmen.

**Moderator Holger Steltzner:**

Aber die acht Prozent erzielen wir nicht nur mit Europa, sondern mit der ganzen Welt.

**Prof. Dr. Gerhard Bosch:**

Da haben Sie recht.

**Moderator Holger Steltzner:**

Jetzt muss ich aber meinen SPD-Werbetext noch loswerden. Um den Finanzminister Walter-Borjans kurz zu loben: Heute hat das Finanzministerium veröffentlicht, dass im Jahr 2016 NRW mit einer sehr guten Haushaltsbilanz abgeschlossen hat. Erstmals seit 1973 kommt das Land ohne neue Kredite aus. Möglicherweise sind doch die Haushaltskonsolidierung und Investitionen möglich. Auf jeden Fall will er die Mittel von mehr als 200 Millionen Euro zur Schuldentilgung verwenden. Das wird Sie, Herr Bosch, vielleicht nicht so freuen.

Sie müssen gleich zum Neujahrsempfang des Flughafens, Herr Hüther, und wollen aus gegebenem Anlass noch Stellung beziehen.

**Prof. Dr. Michael Hüther:**

Denken Sie nicht, dass ich zu einer anderen Feier will; ich muss auch dort arbeiten.

Ich will nur noch Folgendes sagen: Wann soll denn eine schwarze Null erreicht werden, wenn nicht in Zeiten, wo die Zinsen so niedrig sind? Das kann ganz schnell anders werden. Wir haben im Augenblick eine Veränderung an der Inflationsfront. Wenn das durchträgt, wird sich auch die Zinssituation verändern. Dann haben Sie, ohne dass Sie irgendwas getan haben, keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Das heißt, dieses Argument mit den Null-Zinsen ist eines, das zu kurz greift. Es muss doch gefragt werden, welche

Investitionsbedarfe gibt es wirklich und welche Hemmnisse bestehen.

Wir erleben ja auch, dass es in den Projekten oft gar nicht gelingt, dass die Mittel wirklich rechtzeitig abfließen. Ein Teil der Überschüsse resultiert auch aus dem Investitionsverhalten. Dann muss man halt auch einmal über Planungsverfahren und über die Administration nachdenken. Also immer nur dieses Mantra „Wir müssen die Investitionen erhöhen“ zu äußern, das klingt ähnlich überzeugend wie immer „Wir müssen Bildungspolitik betreiben“. Nur das muss an den konkreten Themen auch eingeordnet werden.

Bei einem Land, das halt diese Last hat, müssen wir schon Vergleiche anstellen. Wir vergleichen Nordrhein-Westfalen ja nicht mit Bremen oder dem Saarland, sondern mit den westlichen Flächenländern. Sonst macht der Föderalismus gar keinen Sinn. Sonst pflegten wir ihn nur, damit wir unter anderem noch 16 Länderhymnen singen dürfen. Welchen Sinn hat der Föderalismus denn, einmal abgesehen von einer kulturhistorischen Verankerung, wenn er nicht auch eine gewisse Situation des gegenseitigen Inspirierens und Lernens möglich macht. Also muss auch Wettbewerb im föderalen Kontext gedacht werden. Das kann ich aber nur machen, indem ich mir noch ein paar Indikatoren anschau.

Über viele Indikatoren kann man reden und darüber, dass das pro Kopf gestaltet werden muss. Das ist alles klar. Aber es fällt halt schon auf, dass andere Länder auch ihre Altlasten haben. Die Kohlekrise ist 1958 ausgebrochen, als die billigen Importe aus den USA kamen. Das hat Europa insgesamt betroffen. Es gab die belgische Kohlenkrise, es gab die Kohlenkrise hier. Das ist alles schon ein bisschen her.

Ich finde, in Nordrhein-Westfalen wird viel zu sehr dieses Argument bemüht. Das kann man eigentlich im Jahre des Herrn 2017 nicht mehr machen. Deswegen muss auch mehr Anspruch an die Zukunft gestellt werden.

(Beifall)

Bei allem Verständnis. Der Punkt wäre mir schon wichtig. Ohne Frage hat das Land Vorbelastungen. In der Summe müssen wir trotzdem Folgendes zur Kenntnis nehmen: Wie kann es denn

sein, dass in einem Jahr, wo die Bundesrepublik mit über anderthalb Prozent expandiert, Nordrhein-Westfalen stagniert? Das muss doch auch Gründe hier im Land haben. Das ist doch nicht nur der Vergangenheit geschuldet.

Das wäre doch der Schwung, der am Anfang des Jahres geboten ist. – In diesem Sinne darf ich um Verständnis bitten, dass ich jetzt gehe. Aber ich muss auch dort arbeiten.

(Beifall)

### **Moderator Holger Steltzner:**

Herr Kirchhoff, Sie wollten intervenieren.

### **Arndt Kirchhoff:**

Ich wollte auch noch etwas zu dem sagen, was Herr Prof. Bosch ausgeführt hat. Es ist im Prinzip ja nicht falsch. Ich habe das auch einmal an der Hochschule gelernt. So etwas lernt man auch als Maschinenbauer in ein paar Nebenfächern.

Ich möchte auf eines zusätzlich zu dem hinweisen, was Herr Prof. Hüther gesagt hat: Sie müssen auch sagen, woher es kommt. Wir sitzen hier beim Handwerk und in der Wirtschaft. Zuerst muss man sagen, es kommt nur – Sie haben es in einem Seitensatz erwähnt – von der höheren Beschäftigung. Wir haben eine Million Arbeitskräfte mehr. Sie müssen die Mittel vorher zuerst einnehmen.

Wir reden darüber, dass wir Bedingungen brauchen, unter denen wir mehr Arbeitsplätze schaffen und mehr Steuern generieren können. Dann können wir auch mehr investieren. Völlig unabhängig von der Frage, ob wir mit null herauskommen wollen oder mit einem leichten Defizit, was man früher hatte. Ich will aber den politischen Beschluss gar nicht kritisieren; ich halte ihn sogar für richtig.

Aber zunächst müssen wir wirklich etwas tun – da ist aber Nordrhein-Westfalen auf dem absteigenden Ast –, damit wir die Einnahmenseite erhöhen. Das geht nur über Arbeitsplätze und über ein wirtschaftsfreundliches Klima. Wenn ich von

einem „wirtschaftsfreundlichen Klima“ spreche, dann ist der zweite Aspekt der psychologische.

Ich habe Unternehmen überall auf der Welt. Vorhin wurde darauf hingewiesen, dass auch das Handwerk vom Export und vom Erfolg im Export lebt. Insofern sehe ich das für die gesamte deutsche Wirtschaft als wichtig an.

Ich muss ehrlich sagen, ich mache das nur aus Patriotismus, wenn ich in Nordrhein-Westfalen investiere. Wenn ich nach Bayern oder in andere Bundesländer gehe, bekomme ich einen roten Teppich ausgerollt. Dort wird alles für mich gemacht, damit ich dort mein Geld investiere in Maschinen, Fabriken und Anlagen. Ich muss ganz klar sagen: Wenn hier nicht eine bessere Willkommenskultur herrscht, dann werden wir psychologisch die Leute nicht davon überzeugen, in Nordrhein-Westfalen zu investieren.

(Beifall)

Ich habe das an anderer Stelle auch schon gesagt, will das hier gerne wiederholen: Wir werden nach über 30 Jahren eine Lackieranlage abbauen müssen, weil sie am Ende der Lebenszeit angeht. Ich kann keine neue aufbauen, weil ich die nicht so schnell genehmigt bekomme. Das ist mir auch zu umständlich. Ich werde sie nicht in Nordrhein-Westfalen aufbauen, sondern die Arbeitsplätze, die dort 30 Jahre lang waren, werden abgebaut, weil mir einer der großen deutschen Lackieranlagenhersteller – es gibt zwei, eine ist Eisenmann, eine ist Dürr –, die Firma Dürr, mir zwar ein Zertifikat gibt, dass das alles unbedenklich in Nordrhein-Westfalen wäre – wir haben auch eine an einem anderen Standort in Nordrhein-Westfalen; an einem Standort bleibt sie, am anderen wird sie abgebaut –, aber ich an den Wasserbehörden scheitere. Ich frage mich deshalb, warum soll ich das machen. Ich werde hier keine Lackieranlage mehr aufbauen; ich würde sie in allen anderen Bundesländern aufbauen. Wenn Sie das hören – ich muss das so deutlich sagen –, dann muss sich Politik ändern. Ich bin nicht der einzige Unternehmer, der so denkt. Viele denken so.

(Beifall)

**Moderator Holger Steltzner:**

Herr Wackers, was sagt dazu die Politik, wenn Sie – das werden Sie bestimmt tun – diese Stimmung, diese Erfahrungen, diese Beispiele vortragen?

**Dr. Frank Wackers:**

Also was die Politik dazu äußert, kann ich Ihnen jetzt nicht direkt sagen. Ich kann Ihnen aber mitteilen, was das Handwerk dazu äußert. Herr Kirchhoff hat im Prinzip an sich schon die Defizite angesprochen, die den mittelständischen Betrieben in Nordrhein-Westfalen zu schaffen machen.

Wir haben es in Nordrhein-Westfalen natürlich zum Teil auch mit einer gesetzlichen Übererfüllung von Zielen zu tun, von Zielen, über die man gesellschaftspolitisch durchaus streiten kann, die man auch gut finden kann. Wenn Sie die Diskussion in Nordrhein-Westfalen um das Tariftreue- und Vergabegesetz sehen, wo es auch um die Frage der Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen geht, so ist das im Grunde zwar ein gesellschaftspolitisches Ziel, das wir alle unterschreiben, nur die Frage der Ausführung und des Handlings, wie Betriebe damit umgehen, ist entscheidend. Wir müssen in Nordrhein-Westfalen an der Stelle natürlich aufpassen, dass wir es mit den gesellschaftspolitischen Zielen nicht so weit treiben, dass am Ende Betriebe sich an Ausschreibungen gar nicht mehr beteiligen. Das ist der Punkt. Es fehlt zum Teil auch in den Vorstellungen der Ministerien ein Gefühl für die Wirklichkeit in den Betrieben. Das ist insbesondere bei der Ausschreibungspraxis im Bereich des Vergaberechts ein ganz großes Problem.

Es gibt aber auch andere Bereiche, in denen der Mittelstand in Nordrhein-Westfalen belastet wird durch eine gesetzliche Übererfüllung, die von der Landesregierung angestrebt wird. Das sehen Sie am Beispiel der Hygieneampel, dem Kontroll- und Transparenzgesetz, was unseren mittelständischen Lebensmittelbetrieben ganz große Sorgen bereitet. Die Landesregierung ist auch da bestrebt, Ziele überzuerfüllen.

An der Stelle müsste man die Ziele stärker an den Bedürfnissen der Betriebe und der Hand-

werksunternehmen ausrichten. Wie gesagt, es fehlt in den Ministerien ein Gefühl dafür, wie die Realität in den Betrieben aussieht.

Das sind nur zwei Beispiele. Ich könnte Ihnen weitere Beispiele nennen. Vorhin wurde der Finanzminister von Ihnen, Herr Prof. Bosch, angesprochen. Ich würde Ihnen auch widersprechen, was das Ranking betrifft. Ich kann Ihnen zu einer aktuellen Initiative von Herrn Walter-Borjans ein Beispiel nennen. Da geht es um die Belegpflicht für Registrierkassen. Das ist ein ganz großes Problem. Nordrhein-Westfalen hat gegenüber dem Bund einen Vorstoß unternommen, dass in Zukunft nicht mehr Tagesendsummen, sondern alle Einzelbelege registriert werden müssen von den Unternehmen. Das ist an sich ein Ziel, das man unterschreiben kann. Nur geht es jetzt an die Umsetzung, es geht darum, dass die Betriebe neue Registrierkassen anschaffen müssen. Das ist eine große Investition. Davon ist in den Vorstellungen von Herrn Walter-Borjans überhaupt nicht die Rede. Das sind im Grunde konkrete Probleme, die kleinere Betriebe in Nordrhein-Westfalen belasten, die aber von der Landesregierung an der Stelle überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden.

(Beifall)

**Moderator Holger Steltzner:**

Bis hin zu den Fußballvereinen, wo dann plötzlich auch eine Kassenpflicht herrschen soll.

Das ist vielleicht der Moment, die Runde zu öffnen. Gibt es Beispiele und Anliegen aus Ihrem Kreis, aus Ihren Unternehmen, aus dem Handwerk? Oder gibt es Fragen dazu? Wenn es die gibt, könnten wir dafür jetzt die Möglichkeit eröffnen.

Da das nicht der Fall ist, setze ich hier noch einmal an. Die Aussagen, Sie könnten hier die Lackieranlage aus Wasserschutzgründen nicht bauen und wir könnten hier eine neue Registrierkasse eigentlich nicht guten Gewissens als Pflicht einführen, weil die Investitionskosten in keiner Relation zu einer möglichen Bekämpfung von Schwarzgeldtransaktionen, die dahinter vermutet werden, stehen. Aber die liegen ja, wenn man ehrlich ist, im Nachkommabereich im Hand-

werk. Vielleicht liegen sie auch nicht immer im Nachkommabereich. Es ist aber nicht so, dass jeder kleine Handwerker riesige Summen hinterzieht. Das kann man doch nun wirklich nicht unterstellen, was aber manchmal politisch getan wird. Das entspricht ja nicht der Realität. Wir haben nicht diese großen Schwarzgeldbereiche. Wieso ist es so schwierig, die Politik in Richtung bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu bewegen, Herr Bosch – hier in Nordrhein-Westfalen offenkundig schwieriger als anderswo?

**Prof. Dr. Gerhard Bosch:**

Ich teile absolut die Auffassung von Herrn Kirchhoff, was die Kooperation zwischen Ministerien angeht. Als Wissenschaftler leide ich auch unter der Bürokratie. Ich habe mich auch manchmal schon gefragt, ob ich noch Drittmittelprojekte durchführen soll. Teilweise kommt die Bürokratie über Vergaberegulungen, über europäische Regelungen von der EU. Und wir haben in der Tat eine Übererfüllung in Deutschland. Das sehe ich in diesem Fall auch. Man könnte es leichter machen.

Ich denke schon, dass man ein Benchmarking machen müsste, was Verfahren angeht und Best Practice zwischen Bundesländern bei bestimmten Verfahren. Das ist eine Frage der Verwaltungsreform, die meines Erachtens in vielen Fragen absolut dringlich ist.

Ich bin kein Experte in Wasserfragen oder in Umweltfragen, aber ich habe mich mit dem Thema „Kein Abschluss ohne Anschluss“ befasst. Wir haben dazu die Begleitforschung durchgeführt. Wenn man einmal hinter die Kulissen schaut und sieht, welche Schwierigkeiten der Kooperation diese Berufsberatung, die obligatorisch im achten Schuljahr ist, zwischen Arbeits- und Schulministerium verursacht hat, fragt man sich, ist das Kafka oder nicht. Das sind wirklich bizarre Geschichten. Ich denke, auf diesem Gebiet muss sich was tun. Ein richtiges Rezept haben wir aber leider nicht, weil es diese Form von kafkaesken Geschichten auch in Bayern gibt.

Zu den anderen Fragen, die eben von Herrn Wackers angesprochen worden sind: Ich bin im Gewerbeförderungsausschuss der Handwerkskammer Düsseldorf. Da werden diese Fragen

im Detail auch diskutiert. Ich habe da sehr viel gelernt. Manchmal gibt es aber einfach Zielkonflikte.

Ich erinnere mich an die Umweltplakette, zu welchen Schwierigkeiten die auch für Handwerksbetriebe geführt hat, und an die Frage, ob sie sich neue Fahrzeuge anschaffen müssen oder nicht. Da entsteht natürlich ein Konflikt über eine Übergangsregelung. Das betrifft die Frage, wie lange man die vorsieht. Irgendwann wird man Umweltvorschriften durchsetzen müssen. Bei den Registriertassen kann ich nur sagen: Das ist kein kleiner Steuerhinterziehungstatbestand, sondern das ist ein Bereich der Geldwäsche, vor allem in Restaurants, in nicht unerheblichem Umfang.

Ich meinte Herrn Walter-Borjans bezüglich des Aufkaufs der CDs und der Trockenlegung bestimmter Formen von Geldhinterziehung. Ich finde, das ist eine historische Leistung von ihm, weil er als einer gegen 16 Finanzminister stand – auch der eigenen Partei. Dazu gehört Mut. Ich denke, dass das für die Steuerehrlichkeit und für die Reputation der Politik absolut wichtig ist, dass man auch Steuerhinterziehung bekämpft. Bei den Registriertassen sehe ich das so. Die Einzelheiten weiß ich nicht, ob man dafür Übergangsregelungen einführen muss oder nicht. Aber die Steuerhinterziehung ist keine belanglose Frage.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Frank Wackers:**

Ich darf das konkretisieren: Nordrhein-Westfalen hat sich gegen eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2022 ausgesprochen. Das wäre der Wunsch gewesen. Diese Frist hätte man den Betrieben einräumen können. Nordrhein-Westfalen stand an der Spitze der Bewegung, die das verhindert hat. An dem Punkt muss man auch auf die Investitionsmöglichkeiten der Betriebe Rücksicht nehmen, denn solche Anschaffungen sind doch keine Petitesse. Das müssen Sie auf der anderen Seite auch sehen.

(Beifall)

**Moderator Holger Steltzner:**

Ich denke, Einigkeit werden wir in der Frage heute nicht mehr erzielen.

Jetzt noch eine Frage an Sie, Herr Prof. Bosch, als Dortmunder. Mein Kollege Carsten Knop ist ein Dortmunder. Er erzählte mir in Vorbereitung dieser Moderation, dass ihm neulich der Oberbürgermeister von Dortmund gesagt hat, jetzt sei die Zahl der Arbeitsplätze wieder so wie vor 35 Jahren. Mit Blick auf das, was Herr Hüther beim Hinausgehen gesagt hatte: Ist das jetzt ein Erfolg oder ist das ein Beleg dafür, dass man die Veränderungen vielleicht zu wenig ambitioniert angeht?

**Prof. Dr. Gerhard Bosch:**

Wenn ich mir im Nachhinein die Politik in Nordrhein-Westfalen in den letzten 30 Jahren anschau, dann muss ich sagen, dass in der Tat der Abschied aus der Montankultur zu langsam erfolgte. Da sind viele Beharrungskräfte gewesen. Die Subventionen waren auch eindeutig überzogen. Der Wandel in der Politik hat eigentlich erst wirklich in den 80er-Jahren begonnen, als man auf Neuansiedlungen gesetzt hat. Es hätte damit früher angefangen werden müssen. Richtig ernsthaft hat man damit eigentlich erst in den 90er-Jahren begonnen. Das war zu spät. Das ist überhaupt keine Frage. Ich denke, dass man dann vieles richtig gemacht hat. In Dortmund hat man nicht darauf gesetzt, die freiwerdenden Flächen von Hoesch billig zu verhöckern.

Das ist eine kluge Entscheidung. Da stehen heute Flächen leer bei Phoenix, die sich nur langsam füllen. Das ist ein Industrieansiedlungsgebiet, nicht für die Grundstoffindustrie, sondern für viele kleine Betriebe, forschungsintensive Betriebe. Der Technologiepark an der Uni ist der große Vorzeigepark in ganz Deutschland. Daraus sind auch viele Betriebe wie Materna entstanden. Das sind auch keine ganz kleinen Betriebe. Es zeigt sich nur, der Strukturwandel ist harte Arbeit. Der dauert viel länger als der Strukturabbau. Ohne Abwanderung hätte das Ruhrgebiet noch viel massivere Beschäftigungsprobleme. Die Qualität der Arbeitsplätze ist auch nicht mehr die gleiche wie früher. Wir haben auf der einen Seite einen Zuwachs an wissensintensiven Arbeitsplätzen,

wir haben aber auch einen starken Zuwachs an schlecht bezahlten Arbeitsplätzen. Die Schere ist da also auseinandergegangen.

**Moderator Holger Steltzner:**

Es ist wieder das Ruhrgebiet betont worden. Dortmund ist das Herz, wenn ich das so sagen darf, des Ruhrgebiets, aber natürlich nicht allein.

Herr Kirchhoff, Sie haben vorhin schon angedeutet. Wir haben diese unheimlich starken Regionen: Rheinland, Niederrhein, Münsterland, Westfalen, Siegerland, Sauerland, Lippe-Detmold usw. Auf der anderen Seite haben wir dieses „Wir in Nordrhein Westfalen“. Ist das „Wir in Nordrhein-Westfalen“ wirklich etwas, was in den Köpfen und Herzen der Menschen ist? Ich komme aus dem Rhein-Main-Gebiet – Frankfurt –, wir nennen den Lokalteil unserer Zeitung „Rhein-Main-Zeitung“. Das war und ist immer noch ein Kunstgebilde. Die Menschen sind Frankfurter, Darmstädter, Hanauer, Wiesbadener, aber dieses Rhein-Main-Gebiet ist ein Kunstbegriff und erreicht nicht die Köpfe und noch weniger die Herzen. Ist das mit dem „Wir in Nordrhein-Westfalen“ nicht ähnlich? Könnte man, sollte man da nicht stärker die Regionen fördern und promoten?

**Arndt Kirchhoff:**

Ich denke, das sind zwei verschiedene Dinge. Natürlich haben wir ein Bundesland, das Bindestrichland, das uns die Engländer vor über 70 Jahren zusammengestellt haben. Es ist als Bundesland eine Einheit in unserem Föderalismus-system. Auch wenn man über Hunderte von Jahren schaut, schaffe ich so keine Identität für eine Region. Das ist, denke ich, auch nicht Sinn und Zweck der Geschichte, sondern ich will ein bisschen eine Art von Heimatverbundenheit ausdrücken. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Ich denke, das sagt jeder gerne. Damit hat keiner ein Problem. Genauso wenig wie einer, der sagt, er komme aus Hessen oder er komme aus Sachsen-Anhalt.

Es ist wohl unbestritten, dass wir darunter dann ganz viele Regionen haben. Ich denke, es ist wichtig, da ein bisschen mehr hinzusehen. Sie

haben ein paar Regionen aufgezählt. Sie sind viel kleinteiliger als die Regionen, die wir vielleicht politisch oder wirtschaftlich sehen. Da sprechen wir von Südwestfalen, Ostwestfalen und Münsterland. Das alles ist Westfalen. Aber wenn Sie in eine solche Region gehen, dann haben Sie da plötzlich auch noch Wittgensteiner, Siegener und Märker. Sie haben unterschiedliche Religionen. Sie können auch in einzelne Kreise gehen und werden feststellen, auch in diesen gibt es die übliche Neckerei. Ich glaube, das ist normal und schön. Am Ende kommt jeder von seiner eigenen kleinen Scholle, und das kann manchmal ein 100-Seelen-Dorf sein. Das ist auch in Ordnung.

Wenn wir über Strukturpolitik reden und darüber, was Politik machen soll – wir haben ja die deutlichen Unterschiede zwischen Westfalen und dem Ruhrgebiet herausgearbeitet; das Rheinland gibt es auch; das ist ein bisschen stärker –, dann muss man wissen, dass man das nicht mit den gleichen Mitteln bearbeiten kann. Westfalen ist dünn besiedelt, hat aber eben seit Hunderten von Jahren in den Tälern, wo die Wasserkraft früher war, bevor es Energie gab, die Betriebe. So finden Sie es auch im Schwarzwald. Die haben sich immer wieder erneuert und weiterentwickelt. Sie sind in dieser Struktur groß geworden. Die können Sie aber nicht ändern. Sie können nicht plötzlich alle Berge abschleifen, sondern das lassen wir mal so. Diese Betriebe sind bis heute leistungsfähig. Das können Sie auch in Thüringen sehen.

Das Ruhrgebiet ist flach. Das ist erst später entstanden. Früher haben wir ja mit der Holzkohle von Bäumen verhüttet. Wir hatten da nicht die Ruhrkohle. Das ist später entstanden. Die Schwerindustrie von Kohle und Stahl ist später entstanden. Sie ist auch schneller nicht mehr wirtschaftlich gewesen. Das muss man als Fakt sehen. Es ist richtig, dass wir zu lange politisch mit dem Kohlepfennig und den anderen Maßnahmen am Überleben festgehalten haben. Das hätte man auch schneller machen können. Das wissen wir. Im Nachhinein ist man immer klug.

Heute empfehle ich, die Überlegung anzustellen, was wir aus dem Ruhrgebiet machen und wie wir die Struktur in Westfalen halten. Über einen Industrieanteil von über 50 Prozent müssen wir überhaupt nicht kommen. Wir haben auch nicht mehr Menschen. Wir haben einen chronischen

Facharbeitermangel – immer schon. Wir versuchen natürlich, auch Leute aus Dortmund zu beschäftigen, wenn sie dort keine Arbeit haben. Aber in dem Moment, wo es da attraktiv ist, werden die auch wieder in Dortmund arbeiten.

Man muss also die Realitäten so zur Kenntnis nehmen, wie sie sind. Dann muss man natürlich eine andere Strukturpolitik im Ruhrgebiet betreiben als in Westfalen. Am Rhein und an der Ruhr ist die Digitalausstattung viel besser und das Netz schon viel schneller als in Westfalen. Es ist aber einfach zu erkennen, dass die Industriegebiete in Westfalen natürlich den Anschluss brauchen, ansonsten verlieren sie ihn komplett. Die brauchen den Anschluss eher als vielleicht der eine oder andere Haushalt im Ruhrgebiet, der keine Produkte herstellt. Also muss ich festlegen: Priorität Nummer eins für Westfalen hat auf jeden Fall das schnelle Netz. Danach kommt vielleicht noch eine Straße, damit auch die Schwerlast aus der Gegend kommt; die wird nämlich dort hergestellt. Teilweise kommen die nicht über die Straßen.

Im Ruhrgebiet – ich nannte vorhin schon das Stichwort „Smart City“ – setze ich Projekte auf, wo ich etwas ausprobieren, was ich im Land in der Fläche überhaupt nicht machen kann. Da probiere ich einmal, wie neue Mobilität funktioniert. Die Hochschulen sind sehr gut; Prof. Bosch erwähnte das: Dortmund und auch Bochum. Da gibt es auch Zusammenarbeit. Wir versuchen zurzeit auf dem ehemaligen Werksgelände von Opel das zusammenzuziehen. Da wird auch investiert. Da entsteht mittelständische Industrie – keine Schwerindustrie. Da entsteht Wissenschaft. Da gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und dort wird Neues gemacht. Wir müssen an den neuen Entwicklungen Interesse haben, weil die uns morgen beschäftigen werden. Wir müssen nicht versuchen, Rezepte, die früher einmal galten, nachzukochen. Das wird nichts bringen. Dabei wären wir auch zu langsam. Damit werden wir den Leuten auch nicht schnell genug wieder Arbeit bringen.

Darunter – ich sagte das eingangs – steht immer das Bildungsthema. Das muss sich sowieso sehr stark wandeln. Wir alle spüren wohl, wie sich die Zeiten wandeln. Ergreifen wir also die Chance, und bauen wir da etwas auf. In Westfalen brauchen wir es nicht unbedingt. Denn die haben ei-

nen anderen Weg. Die machen das mit betrieblicher Weiterbildung. Die brauchen die Evolution, die brauchen aber nicht den Ersatz von bestehenden Strukturen. Das muss man auch politisch so handeln, ohne den einen gegen den anderen auszuspielen. Das ist sehr wichtig. Wir machen viel zu viel das Spielchen: Ja, ihr kümmert euch nur um die Gegend. Nein, man muss beides machen.

(Beifall)

**Moderator Holger Steltzner:**

Herr Kirchhoff, das ist eigentlich schon ein wunderbares Plädoyer dafür, wie man das anpacken kann, um wirklich weiterzukommen. Aber vielleicht gibt es aus Ihrem Kreis noch weitere Anregungen und Vorschläge. Wenn das nicht der Fall sein sollte, können wir angesichts dieses Abschlusses, den Sie eben schon ein Stück weit vorgenommen haben, in die Schlussrunde einbiegen. Herr Hering, Sie werden das alles noch einmal in Ihrem Schlusswort zusammenfassen.

Mir bleibt zu sagen, dass ich davon beeindruckt bin, wie stark hier die Chancen betont worden sind und von Ihnen ganz persönlich als Unternehmer die Chancen herausgehoben worden sind. Bei allen Statistiken, die wir hin und her gewälzt haben, ist doch stark in die Zukunft geschaut worden.

Wenn man sich diese wirtschaftliche Kraft vor Augen führt, nicht nur in Form von 18 Millionen Menschen, sondern auch unglaublichen Betrieben, risikofreudigen, wagemutigen Unternehmen, Leuten, die ihr Schicksal doch in die Hände nehmen und anpacken, dann wird NRW ganz bestimmt auch bald wieder in der Liga woanders stehen. Das wünschen wir uns für das neue Jahr, für das nächste und für das übernächste Jahr. Ich danke Ihnen hier oben auf dem Podium ganz herzlich.

Ich bitte jetzt Hans-Joachim Hering um sein Schlusswort. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

## Schlusswort

**Hans-Joachim Hering,  
Vizepräsident HANDWERK.NRW**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir haben hier und heute eine spannende und abwechslungsreiche Diskussion erlebt. Ich bin deshalb dem bereits in mehreren Diskussionsschlachten unseres Dreikönigstreffens bewährten Moderator Holger Steltzner und den Teilnehmern auf dem Podium dankbar, dass viele Tatsachen noch einmal klar formuliert und in einen größeren Zusammenhang gerückt worden sind.

Was bleibt mir nach dem Motto „Es ist schon alles gesagt – nur noch nicht von mir“? Dieses Mal werde ich nicht so hundertprozentig all das noch einmal neu skizzieren, was in den letzten zwei Stunden auf dem Podium gesagt worden ist. Ich will vielmehr gern noch einmal über das sprechen, was von dem, was gesagt worden ist – vielleicht auch das eine oder andere, was noch nicht gesagt worden ist –, mir besonders wichtig ist.

In jedem Wahljahr ist es unvermeidlich, dass aus Tatsachen und Zusammenhängen aufseiten der Regierung Erfolgsmilanzen und Fortschrittsberichte werden und aufseiten der Opposition Katastrophen und Sündenspiegel.

Was ist die richtige volkswirtschaftliche Bewertung für unser großes Bundesland im Herzen Westeuropas – Andreas Ehlert hat es gesagt –: der absolut peinliche letzte Platz unter den Bundesländern bei der Wachstumsrate für 2015 oder die deutlich gestiegene Wachstumsdynamik im ersten Halbjahr 2016? Beides sind sicherlich nur Momentaufnahmen. Aber leider schaut auch der mittelfristige Trend in NRW nicht gerade ermutigend aus. Wir haben darüber gesprochen. Es ist gesagt worden, dass auch das kein Ruhmesblatt ist.

Wenn eine Landesregierung wie gerade in den letzten Jahren beispielsweise den Umweltschutz permanent höher einstuft als die Wirtschaftspolitik, dann muss man sich nicht wundern, wenn die Gestaltungsmöglichkeiten selbst in einem großen Bundesland wie Nordrhein-Westfalen weiter beschränkt werden.

Besonders in der nächsten Zeit kann es für uns weiter frostig werden. Wir sind – vielleicht wie kein anderes Bundesland – wirtschaftlich mit der ganzen Welt und besonders mit den unmittelbaren Nachbarn in Europa verflochten.

Wenn der Nationalismus, der sich in den USA, in Frankreich, in Großbritannien, in den Niederlanden, in Polen und in Ungarn bemerkbar macht – Österreich nehme ich mal heraus, da will ich in 14 Tagen hinfahren, sodass ich hoffe, da noch reinzukommen –,

(Heiterkeit)

zur wirtschaftlichen Abschottung führt, dann werden wir das in Nordrhein-Westfalen unmittelbar zu spüren bekommen. Ich denke, dass es gerade in diesem Wahljahr absolut wichtig ist, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen.

Ganz besonders aus den Entwicklungen der Vergangenheit wird dem unvoreingenommenen Betrachter klar, warum die Gestaltungsmöglichkeiten einer nordrhein-westfälischen Landesregierung beschränkt sind. Wir erben die in Jahrzehnten aufgehäuften Probleme. Und im Gegensatz zum Privatleben können wir das Erbe nicht ausschlagen und wieder bei null anfangen.

Keine neue Landesregierung, egal, wie sie zusammengesetzt sein wird, kann die Quadratur des Kreises schaffen: Schulden abbauen, Grunderwerbsteuer- und Gewerbesteuererhöhlungen senken, Investitionen in die Infrastruktur und die Bildung erhöhen, obwohl genau das die Forderungen des Tages wären. Denn die Handlungsmöglichkeiten sind eben außerordentlich beschränkt und deutlich geringer als in anderen Bundesländern, die in der Vergangenheit weniger gesündigt und weniger falsche Prioritäten gesetzt haben. Aber man kann zumindest damit aufhören, die Probleme noch zu vergrößern, und man kann endlich einmal damit aufhören, alles mit der Strukturreform im Ruhrgebiet zu entschuldigen.

(Beifall)

Wir müssen in Nordrhein-Westfalen in einer Zeit höchster Steuereinnahmen und relativ geringer Arbeitslosigkeit endlich wieder einmal wirtschaftliche Vernunft hochhängen. Wir müssen dafür sorgen, dass Wirtschaftspolitik wieder eine

größere Wertigkeit bekommt. Denn nur über die Einsicht in wirtschaftspolitische Vernunft werden wir uns die Handlungsräume schaffen können, die wir brauchen, um beispielsweise die wachsenden sozialen Probleme in nicht wenigen Regionen unseres Landes, ja, auch im Ruhrgebiet, zu lösen.

Damit war es in der letzten Legislaturperiode leider nicht weit her. Man braucht sich nur die aktuelle finanzielle Ausstattung des Wirtschaftsministeriums anzuschauen. Und das ist ein Maß für die Bedeutung eines Ministeriums in einem Land.

Aber ich will jetzt nicht wieder in die Diskussion einsteigen. Ich denke gelegentlich und eigentlich immer öfter im Zusammenhang mit NRW an einen Song von Tim Bendzko, den Sie alle kennen, mit dem wunderschönen Titel „Nur noch kurz die Welt retten“. Darin gibt es auf NRW-Politik anwendbare Zeilen:

Muss nur noch kurz die Welt retten. Die Zeit läuft mir davon, zu warten, wäre eine Schande für die ganze Weltbevölkerung. Ich muss jetzt los, sonst gibt's die große Katastrophe. Merkst Du nicht, dass wir in Not sind? Ich muss jetzt echt die Welt retten, noch 148.713 Mails checken. Ja, ich muss wirklich jetzt die Welt retten.

Das bringt den Geist oder besser Ungeist, mit dem wir es bei uns zu tun haben, auf eine freundliche Art und Weise auf den Punkt, stellt dar, wie viele hohle Diskussionen wir in Nordrhein-Westfalen führen: vom Klimaschutz über den Landesentwicklungsplan, das Landesnaturschutzgesetz, das Landeswassergesetz und wie sie alle heißen, und wie wenig Essenzielles, Handfestes, für die Menschen in unserem Land Voranbringendes letztlich realisiert wird.

(Beifall)

Ich finde es deshalb gut und richtig, dass wir hier durchaus an dem einen oder anderen Punkt in strittigen Diskussionen gerade zu Beginn des Wahljahres wirtschaftliche Themen in den Mittelpunkt gerückt haben. Dazu noch einmal meinen herzlichen Dank an den Moderator und seine Mitstreiter auf dem Podium.



Wir werden heute Abend – so fürchte ich – ganz gewiss nicht mehr die Welt retten und wahrscheinlich auch nicht Nordrhein-Westfalen. Ich freue mich aber auf gute Gespräche, auf eine hoffentlich zündende Rede von Frau Nahles, auf ein gutes Abendessen und ganz besonders auf unsere Sternsinger. Dazu lade ich Sie herzlich ein nicht ohne unserem traditionellen Gastgeber – früher WGZ, heute DZ Bank – ein aufrichtiges Dankeschön für die Gastfreundschaft am heutigen Abend zu sagen. Ich denke, dass das einen Applaus Wert ist.

(Beifall)

Ich bitte Sie jetzt ins Foyer zum gewohnten Stehempfang.

Ich wünsche Ihnen allen seitens des nordrhein-westfälischen Handwerks für das Jahr 2017 eine stabile und robuste Gesundheit sowie geschäftlich und privat Glück und Erfolg. Ich hoffe, dass dieses Glück und der Erfolg auch für Nordrhein-Westfalen eintreten werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

# Dreikönigssessen

## Begrüßung und Einführung

**Andreas Ehlert,  
Präsident HANDWERK.NRW**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen zum Dreikönigssessen des nordrhein-westfälischen Handwerks. Erfahrenen Gästen wird schon aufgefallen sein, dass sich heute etwas am Ablauf verändert hat.

Lassen Sie mich Ihnen allen aber zunächst einmal von dieser Stelle ein gutes, gesundes neues Jahr 2017 wünschen. Ich werde meine Eingangsworte ein bisschen verändern, weil mir gesagt wurde, alle sprächen in diesen Tagen von Zuversicht. Ich werde über Zuversicht deshalb gar nicht sprechen. Ich wünsche Ihnen aber dennoch ein glückliches neues Jahr 2017, ungeachtet all der politischen Turbulenzen, die uns möglicherweise auch in diesem Jahr noch ins Haus stehen. Heute wissen wir noch nicht so genau, wo wir am Ende des Jahres stehen werden.

Wir haben ein Jahr mit wichtigen Wahlen vor uns – im Land, im Bund, aber auch in vielen anderen Ländern. Wir haben heute Nachmittag darüber diskutiert. Die Ergebnisse der Wahlen in den einzelnen Ländern können uns erheblich betreffen.

Für Kontinuität und Tradition steht ganz am Anfang eines Jahres unser Dreikönigssessen. Für mich ist es sehr schön, so viele Freunde des nordrhein-westfälischen Handwerks heute Abend wieder bei der DZ Bank begrüßen zu dürfen. Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen.

(Beifall)

Dass Frau Bundesministerin Nahles noch nicht da ist, werden Sie bemerkt haben. Bundesminister bewahren sich einen etwas optimistischen Blick auf die Flugpläne unseres Landes und, lieber Herr Bürgermeister Conzen, auch auf die örtlichen Verkehrsverhältnisse. Ich habe mir sagen lassen, die Frau Bundesministerin ist zwischenzeitlich gelandet und quält sich durch den Düsseldorfer Verkehr zur DZ Bank. Wir werden sie in wenigen Minuten begrüßen können.

Aus diesem Grunde haben wir den Ablauf etwas verändert und Ihnen die Vorspeise bereits im Fo-

yer gereicht. Wir haben damit Kraft getankt, um die anstrengende Zeit, bis die Bundesministerin gesprochen hat, überstehen zu können.

Ich freue mich sehr, dass Frau Nahles heute Abend zu uns sprechen wird. Sie ist schon qua Amt – natürlich auch aus politischer Überzeugung – auch den Arbeitnehmerbelangen besonders verpflichtet. Dass es vielleicht ganz aktuell das eine oder andere Thema gibt, über das man möglicherweise auch anderer Meinung sein kann, liegt auf der Hand. Wir wissen aber im nordrhein-westfälischen und im bundesdeutschen Handwerk insgesamt, dass erstens die Arbeitnehmer und ihre Organisationen ebenfalls untrennbar zu uns gehören. Wir sind in Kammern sogar arbeitnehmermitbestimmt. Zweitens ziehen wir in dem für unsere Identität so wichtigen Kernbereich der beruflichen Bildung an einem Strang – Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Handwerk. Drittens hat sich die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeberorganisationen und den DGB-Gewerkschaften erwiesenermaßen als Grundlage für den Wohlstand unseres Landes gezeigt.

Wenn man sich gegenwärtig in der Welt umschaut, stellt man fest, dass ganze Gesellschaften in Lager zerfallen, die sich gegenseitig nicht mehr zu verstehen scheinen. Und obwohl es auch in Deutschland an den Rändern bereits Tendenzen in diese Richtung gibt, ist in unserem Land der Zusammenhalt in den Grundsatzfragen immer noch vorhanden. Das sollten wir uns gerade in einem Wahljahr, in dem sich die Gemüter naturgemäß auch mal erhitzen können, erhalten.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir Frau Bundesministerin Nahles gleich hier bei uns in der DZ Bank herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Ich kann natürlich eine ganze Menge an lieben Gästen begrüßen, die heute Abend den Weg zum Handwerk gefunden haben. Das möchte ich jetzt im Einzelnen gar nicht tun, weil es einfach zu viele sind. Ich könnte eine beeindruckende Zahl von Präsidentenkollegen aus Kammern und Fachverbänden begrüßen. Aber auch von den befreundeten Verbänden sind heute hochrangige Persönlichkeiten unter uns. Da ist der Präsident von Unternehmer NRW, Arndt Kirchhoff, der heute

Nachmittag auf unserem Podium mitgewirkt hat und dort – ich habe das von verschiedenen Seiten schon gehört, lieber Herr Kirchhoff – eine ganz starke Figur abgegeben hat. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Dann nutze ich die Gelegenheit, Holger Steltzner, Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – er hat heute Nachmittag moderiert –, zu begrüßen. Schön, dass Sie auch heute Abend dabei sind.

Prof. Bosch, profiliertester – ich sage das einfach einmal so – Arbeitsmarktforscher in ganz Deutschland, ist auch dabei. Er hat heute ebenfalls munter mitdiskutiert.

Dr. Wackers war ebenfalls auf dem Podium dabei. Und auch Prof. Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft hat mit auf dem Podium gesessen. Heraus kam eine sehr fundierte Diskussion, die uns allen eine Menge an Inspiration gebracht hat und uns dazu geführt hat, mit Zuversicht nach vorne zu schauen.

Ein ganz herzlicher Gruß geht an meinen Präsidentenkollegen von der Ingenieurkammer Bau Nordrhein-Westfalen, Dr. Heinrich Bökamp. Das ist eine Kammer, mit der uns ganz viel verbindet.

Die Politiker kann ich gar nicht alle aufzählen. Es sind sehr viele hier. Ich freue mich sehr, dass von der Landesregierung Minister Franz-Josef Lersch-Mense anwesend ist und dass auch Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer aus dem Arbeitsministerium dazugekommen ist. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Das gilt dann auch für den Landtag Nordrhein-Westfalen. Die Enquete-Kommission „Zukunft von Handwerk und Mittelstand“ ist zwar nicht ganz vollzählig, aber es sind ganz viele liebe Gäste dabei. Ihr seid heute Abend ganz ordentlich hier vertreten. Morgen müssen wir schon wieder miteinander tagen. Insofern wollen wir heute Abend die Stimmung gut halten, damit wir morgen dann auch zu entsprechend positiven Ergebnissen kommen. Ich begrüße den Vorsitzenden Ralph Bombis und namentlich die

weiteren Mitglieder, Marion Warden, die ich gesehen habe, Rainer Spiecker, Oskar Burkert, Hubertus Fehring. Gesehen habe ich auch meinen Sachverständigenkollegen Dr. Peter Jahns. Wahrscheinlich habe ich noch den einen oder anderen vergessen. Ich freue mich sehr, dass auch Peter Preuß aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen dabei ist. Michael Hübner aus dem Landtag habe ich ebenfalls gesehen.

Wir sind also vollständig vertreten; alle sind da, die uns lieb und teuer sind. Wenn ich einen Landtagsabgeordneten übersehen habe, der glaubt, er wäre ganz wichtig, zeige er bitte eben kurz auf,

(Heiterkeit)

sodass wir ihn auch noch begrüßen können.

Was die Enquete-Kommission angeht, arbeiten wir, lieber Herr Bombis, intensiv daran, vernünftige Ergebnisse zu erzielen. Wir haben heute im Vorstand des nordrhein-westfälischen Handwerks sehr lange und intensiv darüber diskutiert, um einen möglichst großen substanziellen Konsens zu erzielen. Morgen früh beschäftigen wir uns dann erneut mit dem Thema.

Die Kommunalpolitik ist ebenfalls äußerst stark vertreten. Anwesend ist unser Freund, der Landrat des Rhein-Kreises Neuss, Hans-Jürgen Petruschke. Ferner ist der Bürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Friedrich Conzen, hier. Also auch die kommunale Ebene ist heute Abend ganz stark vertreten.

Wenn die Bundesministerin für Arbeit und Soziales kommt, dann lockt das auch die Arbeits- und Sozialpolitik an. Ich heiße ganz herzlich willkommen die Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Frau Christiane Schönefeld. Schön, dass Sie heute Abend dem Handwerk die Ehre geben.

(Beifall)

Erlauben Sie mir noch, ganz herzlich Herrn Ulrich Leitermann zu begrüßen. Herr Leitermann ist Vorstandsvorsitzender der SIGNAL IDUNA Gruppe und ein ganz wichtiger Partner des Handwerks. Uns einen viele gemeinsame Interessen. Ich bin mir sehr sicher, lieber Herr Leitermann, dass Sie gleich besonders aufmerksam

dem zuhören werden, was Frau Bundesministerin Nahles zu sagen hat.

Ein besonderer Gruß und Dank geht dann natürlich an die Repräsentanten der DZ Bank, an ihrer Spitze an den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Werner Böhnke und an Vorstand Karl-Heinz Moll. Wir sagen ganz herzlich „Danke schön“, dass sich die starke Verbundenheit von Genossenschaftswesen und Handwerk auch nach der Fusion der WGZ Bank und der DZ Bank zur neuen Bankengruppe erneut gezeigt hat. Wir freuen uns sehr, dass wir heute wieder im Haus dieser Genossenschaftszentralbank sind und gemeinsam den Abend hier verbringen dürfen. Das ist Jahr für Jahr für uns ein ganz glaubwürdiger Ausdruck der engen Verbundenheit zwischen dem Handwerk und den Volks- und Raiffeisenbanken. Dahinter stecken nicht nur Nostalgie und Tradition, sondern auch ganz gegenwärtig und real eine bedeutende Partnerschaft, weil die Genossenschaftsbanken eben ein extrem wichtiges Standbein der Mittelstandsfinanzierung in Deutschland sind.

(Beifall)

Wir haben im vergangenen Jahr alle mit ganz großer Aufmerksamkeit beobachtet, wie dieser Fusionsprozess zustande gekommen ist. Wir haben wahrgenommen: Er ist gelungen.

Lieber Herr Moll, Sie können das vermutlich viel besser ausführen als ich. Ich sage an dieser Stelle: „Danke schön!“, und ich würde mich freuen, Herr Moll, wenn Sie zu unseren gemeinsamen Gästen noch einige Worte sagen würden.

Ich danke allen, dass Sie mir zugehört haben. Frau Ministerin Nahles kommt gleich.

(Beifall)

## Grußwort

**Karl-Heinz Moll,  
Vorstandsmitglied der DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank**

Herr Präsident Ehlert! Verehrte Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Vorstands der DZ BANK möchte ich Sie in unserem Hause herzlich willkommen heißen.

Das Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen Handwerks in unserem Hause hat, wie Sie ja eben schon erwähnten, eine sehr lange Tradition, die wir sehr gerne pflegen. Sie steht beispielhaft für die enge Verbindung zwischen Handwerk einerseits und genossenschaftlicher Finanzgruppe andererseits.

Apropos genossenschaftliche Finanzgruppe: Die Genossenschaftsidee, meine sehr verehrten Damen und Herren, lebt – und wie. Davon ist auch die UNESCO überzeugt und ernannte die Genossenschaftsidee Ende letzten Jahres zum immateriellen Kulturgut der Menschheit. Damit fügen Genossenschaften ihrer langen Erfolgsstory ein weiteres, wie ich finde, beachtliches Kapitel hinzu.

„Genossenschaften als Erfolgsmodell für Handwerker“ titelte Ende Dezember die „FAZ“ gerade so, lieber Herr Steltzner, als hätte die Redaktion den heutigen Auftritt ihres Herausgebers bereits im Hinterkopf gehabt. Die Schlagzeile ging zurück auf eine aktuelle Studie unserer Bank zu den großen Herausforderungen, denen sich das deutsche Handwerk ausgesetzt sieht: Fachkräftemangel, fortschreitende Digitalisierung, steigender Wettbewerbsdruck.

Hinzu kommt die vielfach drängende Frage der Unternehmensnachfolge. Als Antwort bietet sich – wen wundert es – das Genossenschaftsmodell an. So unsere Analysten. Sicher nicht die schlechteste Empfehlung. Das kann ich Ihnen aus eigener fast 40jähriger Erfahrung und vor allen Dingen aus großer Überzeugung sagen.

Apropos eigene Erfahrung: Digitalisierung, steigender Wettbewerbsdruck sind alles Phänomene, die auch der Finanzbranche unter den Nägeln brennen. Hinzu kommt, meine sehr verehrten Damen und Herren, die nicht enden wol-

lende Phase niedrigster Zinsen beziehungsweise sogar Negativzinsen bei gleichzeitig hoher Regulierungsanforderung.

In diesem Spannungsfeld erfolgreich Bankgeschäft zu betreiben, das gleicht der Quadratur des Kreises. Wer uns vor allem diese Suppe eingebrockt hat, dürfte inzwischen hinlänglich bekannt sein. Es sind dieselben, die mit ihrem unverantwortlichen Geschäftsgebaren eine ganze Branche in Misskredit gebracht haben und zuletzt sogar dafür gesorgt haben, dass ernsthafte Bedenken um die Stabilität des gesamten deutschen Finanzsektors aufkamen.

Dabei kann sich unser Land eigentlich glücklich schätzen, über einen stabilen und leistungsfähigen Bankensektor zu verfügen. Das ist nicht zuletzt – das sage ich ohne falsche Bescheidenheit – den Genossenschaftsbanken zu verdanken. Aktuell dürfen wir uns darüber freuen, dass unsere Gruppe im Vergleich zu den Wettbewerbern, zumindest was das Geschäftswachstum und die Rentabilität anbetrifft, die Nase deutlich vorn hat. Diesen Vorsprung würdigen beispielsweise auch die internationalen Ratingagenturen mit exzellenten Bewertungen. So rangiert unsere genossenschaftliche Finanzgruppe in der Bonitätseinschätzung mit „AA-“ und „Outlook stabile“, wie das so schön in der Ratingsprache heißt, derzeit deutlich vor allen privatwirtschaftlichen Konkurrenten in Deutschland und steht auf europäischer Ebene ebenfalls auf einem Spitzenplatz.

Was sind eigentlich die Kriterien für eine solch hervorragende Bonitätseinschätzung? Wenn Sie mit den Ratingagenturen in Kontakt sind, dann werden die Ihnen in aller Regel drei wesentliche Punkte über unsere Gruppe erzählen. Das eine ist, unsere Bankengruppe verfügt über ein Eigenkapital von 95 Milliarden Euro. Das ist eine ganz gewaltige Zahl. Noch überzeugender ist aber, dass unsere Bankengruppe von rund 18,5 Millionen Menschen getragen wird.

Wenn Sie sich einmal vor Augen führen 18,5 Millionen Genossen – richtige Genossen meine ich damit;

(Heiterkeit)



das kann ich aber gleich noch einmal wiederholen –

(Heiterkeit)

und wenn Sie von jedem einzelnen Mitglied nur den Betrag von 100 Euro als zusätzliches Kapital einwerben würden, dann wissen Sie, über welches enorme Potenzial die Gruppe verfügt, aus eigener Kraft Eigenkapital zu schaffen.

Wenn Sie in die Bilanzen unserer Volks- und Raiffeisenbanken hineinschauen, sich die linke Seite, also die Kreditseite, und die rechte Seite, was die Kunden an Einlagen haben, ansehen, dann können Sie auch hier feststellen, dass wir einen Einlagenüberschuss von rund 110 Milliarden Euro aufweisen. Das ist natürlich ein enormer Vertrauensbeweis. Ich weiß auch als Kapitalmarktvorstand, bei Minuszinsen, Herr Leitermann, kann das Fluch und Segen zugleich sein, wenn man über so viel Liquidität verfügt. Aber eine Bank, meine Damen und Herren, zeigt immer ihre Stabilität über die Liquidität. Mit diesem enormen Liquiditätsüberschuss ist die Gruppe gut ausgestattet.

Dann kommt noch ein ganz wesentlicher Punkt: Wir verfügen mit unseren rund 1.000 Volksbanken und Raiffeisenbanken über separate eigen-

ständige mittelständische Unternehmer, die in ihrer Region verankert sind, die das Geschäftsmodell und ihre Kunden kennen. Jetzt sagt so eine Ratingagentur, von oben darauf sehend, das ist ja toll, das ist ja ein granulares Risikomanagement, wie es kaum ein zweites gibt.

Das sind die wesentlichen Kriterien, warum unsere Gruppe aus Sicht der Ratingagenturen mit so einem hervorragenden Rating ausgestattet ist.

In unserer Finanzgruppe steht verantwortliches Handeln nicht nur auf dem Papier, sondern es wird auch gelebt – zum Wohle unserer Mitglieder, der Kunden und auch der Regionen. Dieser Anspruch wird auch auf Ebene der Zentralbanken erfüllt. Das sprachen Sie ja gerade an. So ist die Fusion der WGZ BANK mit der DZ BANK ein zukunftsweisender Schritt, um die Stabilität und Leistungsfähigkeit unserer Finanzgruppe dauerhaft sicherzustellen.

Gemeinsam mit unseren Volksbanken und Raiffeisenbanken bleiben wir ein verlässlicher Finanzierungspartner der hiesigen Wirtschaft gerade auch hier in Nordrhein-Westfalen. Das findet auch darin seinen deutlichen Ausdruck, dass Düsseldorf neben Frankfurt Hauptstandort der vereinigten Zentralbank ist. Zudem ist mit dem Namen DZ BANK – Die Initiativbank – ein klares Leistungsversprechen an unsere Kunden verknüpft.

Als Fels in der europäischen Brandung erweist sich weiterhin die deutsche Wirtschaft – allen politischen Risiken beziehungsweise unerwarteten Ereignissen im Jahre 2016 zum Trotz wie Terror, Flüchtlingshilfe, Brexit – wer hatte das auf der Agenda – oder der neue Präsident in Amerika. Das neue Modewort in Amerika heißt Trumpflation. Trumpflation geht einem richtig locker über die Zunge und heißt im Grunde genommen: Er will mehr Investitionen, er will die Steuern senken. Nur die Frage, wie er das finanziert, ist leider bis heute noch unbeantwortet. Aber da werden wir sicherlich noch die eine oder andere Überraschung erleben.

In diesem Jahr stehen entscheidende Wahlen, wie ich finde, einerseits auf der europäischen Ebene an.

Jetzt machen wir einmal einen kleinen Moment Pause.

(Ministerin Andrea Nahles betritt den Saal – Beifall)

Von dieser Stelle aus, verehrte Frau Ministerin, heiße ich Sie herzlich willkommen bei den „richtigen“ Genossen.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, lassen Sie mich als Kapitalmarktvorstand unserer Bank noch einen kurzen abschließenden Blick auf die Kapitalmärkte und, was mir auch am Herzen liegt, auf das geldpolitische Umfeld werfen.

„Der DAX macht Geschenke“ – so titelte die „FAZ“ kurz vor Weihnachten. In der Tat spricht vieles dafür, dass sich die Aktienmärkte auch im Jahr 2017 weiter positiv entwickeln werden. Davon sind auch unsere hauseigenen Analysten überzeugt und sehen den DAX am Jahresende bei rund 12.000 Punkten. Das ist von der heutigen Marke nicht mehr allzu weit entfernt. Das sind vielleicht vier bis fünf Prozent. Ich glaube, die Zeit der großen Kursgewinne ist erst einmal vorüber. Anleger müssen sich auf ein sehr stark schwankendes Auf und Ab einstellen. Ich denke, das letzte Jahr hat allen dafür einen kleinen Vorgeschmack gegeben. Sämtliche Ereignisse, die anstehen, ob politisch, wirtschaftlich oder auch geopolitisch, werden ihre Reflexionen an den Märkten zeigen. Also stellen Sie sich auf eine hohe Volatilität, wie es so schön in der Bankersprache heißt, bei Aktien, bei Zinsen und auch bei Währungen ein.

Klar ist: Der Aktienmarkt profitiert in besonderem Maße vom billigen Zentralbankgeld. Mangels attraktiver Anlagemöglichkeiten im Festzinsbereich landet Rendite suchendes Kapital vor allem in den Aktien- und in den Immobilienmärkten. Neben denjenigen, die dort ihr Geld anlegen, freuen sich aber insbesondere die hoch verschuldeten Staaten im Süden Europas über das billige Geld. In die Röhre schauen Millionen von Bürgern in unserem Land, die für ihre Altersvorsorge auf sichere Anlagen angewiesen sind. Bye-bye achttes Weltwunder, bye-bye Zinsszinseffekt – so kann ich das nur bezeichnen.

Und als wäre das nicht schon genug, jetzt zieht auch die Inflationsrate in Deutschland an und führt zu einem realen Vermögensverlust. In den Taschen der Sparer bleibt so gut wie nichts. Jetzt wird es interessant, meine sehr verehrten Damen Herren: Offiziell musste nämlich die bislang niedrige Inflation im Euroraum als Rechtfertigung für die Politik des billigen Geldes der EZB erhalten. Bekanntermaßen hat sich die EZB zu dieser Politik entschlossen, um vermeintlichen Deflationsgefahren zu begegnen, einen weiteren Verfall der Inflationserwartungen zu verhindern und die Teuerung in der Eurozone wieder in den Bereich von nahe oder knapp unter zwei Prozent zu bringen.

Ein willkommener Nebeneffekt einer solchen Politik waren die Stabilisierung der Konjunktur in der Eurozone – zweifelsohne –, eine bewusste Schwächung des Euro gegenüber anderen Währungen sowie – das ist, denke ich, ein ganz entscheidender Nebeneffekt – die nach wie vor unter hoher Schuldenlast ächzenden Staaten des Euroraums damit zu subventionieren. Die mit der Niedrig-, Null- und Negativzinspolitik verbundenen Hoffnungen, meine Damen und Herren, haben sich allerdings nur teilweise erfüllt.

So hatte die Politik der EZB bislang nur sehr gering realwirtschaftliche Effekte. Die Inflationserwartungen – davon lesen wir aktuell in den Zeitungen – haben sich zwar erhöht, der eigentliche Anstieg der Teuerungsrate geht allerdings ganz simpel auf den Basiseffekt des Ölpreises zurück, während die Kerninflationsrate hingegen weitgehend konstant verläuft.

Was nun, EZB? Meine Empfehlung lautet: Es ist an der Zeit, die ultraexpansive Geldpolitik zurückzuführen. Die EZB sollte daher darüber nachdenken, die Leitzinsen sehr bald wieder anzuheben, sodass der Einlagensatz den negativen Bereich schnell verlässt und damit auch die Anlagen am Geldmarkt wieder eine positive Verzinsung abwerfen. Angesichts steigender Inflationsraten wäre das sicherlich nicht nur für Kleinsparer eine willkommene Entwicklung. Auch die von der Politik, EZB und Regulator gewünschte Liquiditätshaltung, die gerade die Geschäftsbanken tätigen müssen, würde damit nicht länger mit Minuszinsen von sage und schreibe minus 0,4 Prozent für täglich von Banken zu unterhaltende Einlagen bei der EZB bestraft werden.

Der Ausstieg aus der ultraexpansiven Geldpolitik ist überfällig, aber nicht einfach. Allzu viele haben sich schon an die Droge des billigen Geldes gewöhnt. Mit einer raschen Normalisierung der Leitzinsen und einer nur langsamen Rückführung des Anleihekaufprogrammes könnte der Spagat meines Erachtens aber gelingen.

Wichtig ist es, die Märkte auf den „Einstieg in den Ausstieg“ – so nenne ich das einmal – kommunikativ vorzubereiten. Die umgekehrte Richtungsvorgabe ist Herrn Draghi ja recht gut gelungen. Dies sollte Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich darf abschließend Ihnen und Ihren Familien noch ein glückliches, gesundes und erfolgreiches neues Jahr wünschen. Fühlen Sie sich wohl bei uns, und genießen Sie den Abend im Hause der DZ Bank. Vielen Dank.

(Beifall)

#### **Andreas Ehlert:**

Vielen Dank, Herr Moll, für die freundlichen Begrüßungsworte.

Dass die Bundesministerin zwischenzeitlich angekommen ist, hat jeder mitbekommen. Vielen Dank für die freundliche Begrüßung von Frau Bundesministerin Nahles.

(Beifall – Die Sternsinger betreten den Saal)

Jetzt sehe ich ein paar wunderbare Gäste, die wir begrüßen. Herzlich willkommen!

(Auftritt der Sternsinger)

Vielen Dank, lieber Herr Burgmer. Liebe Sternsinger, es ist euch gelungen, ihr habt, um mit Schiller zu sprechen, das Herz uns bezwungen. Ich finde sehr bewundernswert, dass ihr Jahr für Jahr durch die Straßen zieht und an den Türen der Menschen eure Lieder singt. Das habt ihr ganz großartig gemacht. Alle, die hier sitzen, haben sich an ihre eigene Kindheit erinnert, als die Sternsinger geklingelt haben, oder als sie vielleicht sogar selbst als Sternsinger durch die Straßen gezogen sind.



*Die Sternensinger der katholischen Kirchengemeinde „Heilige Familie“, Düsseldorf Stockum*

Den Erwachsenen, die das Ganze begleiten, gebührt ebenfalls unser Dank, weil es großartig ist, was sie machen, nicht zuletzt auch für die Zeit, die sie sich nehmen, mit den Kindern durch die Straßen zu ziehen.

Wir sagen ganz herzlich: Danke schön! Auf Wiedersehen!

(Beifall)

Liebe Frau Nahles, jetzt haben Sie das Wort.

## Festansprache

**Andrea Nahles,  
Bundesministerin für Arbeit und Soziales**

Liebe Gäste! Liebe Sternsinger! Ja, es ist richtig, heute Morgen habe ich in meinem Ministerium in Berlin die Sternsinger zu Gast gehabt. Ich habe dabei gelernt, dass sie im letzten Jahr 46 Millionen Euro eingesammelt haben – hoffentlich in diesem Jahr noch ein bisschen mehr – für 200 Projekte zugunsten von Kindern auf der ganzen Welt.

Ich habe mich erinnert, dass ich selber auch immer herumgegangen bin. Ich war der Melchior bei mir im Dorf, weil meine Tante noch einen alten Turban hatte. Deswegen fiel die Aufgabe mir zu. Mir ging es damals – ich muss es zugeben – nicht nur um die anderen Kindern, sondern auch darum, dass es immer Süßigkeiten gab. Deswegen ist es gut, dass Sie daran auch noch gedacht haben, Herr Ehlert.

Lieber Herr Moll, Sie haben das so schön mit den Genossen hier erklärt. Ich bin tatsächlich einer bei der Volksbank RheinAhrEifel. Insoweit bin ich Ihnen auch auf diese Weise verbunden. Vielen Dank für die freundliche Begrüßung.

Meine verehrten Ehrengäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, lieber Franz-Josef Lersch-Mense! Das neue Jahr 2017 hat begonnen. Wir wünschen uns alles Gute für das Jahr. Ich wünsche Ihnen heute ein glückliches, ein gesundes Jahr 2017 und – das füge ich hinzu – vor allem wünsche ich Ihnen ein friedvolles Jahr. Denn ohne Frieden ist alles nichts. Das ist uns in den letzten Jahren deutlicher und dringlicher geworden. Man sagt ja so leicht hin: Frieden. Aber eigentlich hat man sich damit in den letzten Jahrzehnten in Deutschland weniger beschäftigt. Jedenfalls war das Thema emotional weit weg. Man hatte ihn ja.

Das ist etwas, was viele Leute – es gibt eine Verunsicherung; Krieg, der Terror wird in unser Land getragen – nicht mehr für selbstverständlich halten. Das ist es auch nicht. Deswegen sage ich ganz bewusst: Ich wünsche Ihnen ein friedvolles Jahr 2017.

Denn wir sind auf den Zusammenhalt in unserem Land angewiesen – viel mehr, als einem das vielleicht sonst bewusst war. Wir leben nämlich tatsächlich in unruhigen Zeiten.

Hinter uns liegt ein Jahr – ich kann das zu Beginn des neuen nicht ganz abschütteln und will darauf auch eingehen, weil ich merke, dass dies die Menschen beschäftigt –, in dem oft schlechte Nachrichten mit großen Lettern und schwarzen Balken versehen waren. Wir mussten uns teilweise jeden Abend entscheiden: Kann ich mir das überhaupt noch ansehen? Ich weiß, dass ich einige Abende bewusst die Nachrichten nicht angesehen habe, weil ich nicht mehr die Kinder in Aleppo sehen konnte, die seit Jahren nichts als Krieg erlebt haben und denen der Terror praktisch in den Augen abzulesen war. Das hat mich dermaßen mitgenommen, dass ich einfach gesagt habe: Ich kann das heute Abend nicht.

Ich habe im letzten Jahr an zwei Trauergottesdiensten teilgenommen – in München nach einem schrecklichen Amoklauf und dann kurz vor Weihnachten nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt. Ich wünsche uns vor allem, dass es diese Art von Trauergottesdiensten im Jahr 2017 in Deutschland und auch bei unseren Nachbarn – auch in der Türkei und überall – nicht geben muss.

(Beifall)

Das ist einer der wichtigsten Punkte.

Schlechte Nachrichten gab es aber auch in ganz anderem Zusammenhang, nämlich nach dem Votum der britischen Bevölkerung für den Brexit. Das hat mich auch persönlich getroffen, weil ich dachte, die Aufgabe meiner Generation – ich bin jetzt Mitte vierzig; das ist ein bisschen gelogen; ich bin schon 46 –

(Heiterkeit)

wäre die Weiterentwicklung Europas. Man hatte das Gefühl, man nimmt den Staffelstab von Robert Schuman, Adenauer, de Gaulle – man hat die Bilder von Mitterrand und Kohl, Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt vor Augen – und entwickelt das weiter. Das war der Auftrag meiner Generation. So habe ich das immer empfunden und versucht, das auch zu leben.

Dann entscheidet sich die britische Bevölkerung für den Austritt. Aber das ist nur die Pointe einer Entwicklung von Europaskepsis und einer Spaltung, die man auch in Ungarn, in Polen, in Österreich, in Frankreich und an anderen Stellen sehen kann.

Deshalb muss man sich manchmal klarmachen, was da gerade passiert und ob wir das zulassen dürfen. Ich war für zwei Tage auf einem Trip in Peking beim G20-Arbeitsministertreffen. Ich habe da beim Abendessen gegessen – mit dem russischen Kollegen, amerikanischen Kollegen und chinesischen Kollegen. Wir haben die nächste G20-Präsidentschaft in diesem Jahr. Ich frage mich, was sind wir denn, wenn wir nur Deutschland auf diesem Planeten sind. Was ist das denn – das einmal im Ernst gefragt –, wenn wir uns in Europa auseinandertreiben lassen, wenn wir nicht mehr eine Einheit der Regionen sind, die für gemeinsame Werte, für soziale Standards, für Bildungsstandards für wirtschaftliche Liberalität, Austausch und Weltoffenheit steht? Dann sind wir ein kleines Land, zwar mit einer großen Kraft, aber trotzdem.

Ich denke, dass sich all diese anderen Länder – China und andere – am meisten darüber freuen. Die können dann hier noch ungehemmter KUKA und andere kaufen. Aber sie kaufen leider nicht unsere Demokratie mit ein. Manchmal geht schon die betriebliche Mitbestimmung über die Wupper.

Deshalb frage ich Sie einmal: Wo wollen Sie denn, wenn Sie die freie Wahl hätten, am liebsten in der Welt leben. Klar, in Düsseldorf.

(Heiterkeit)

Die eigentliche Frage ist ja: Wollen Sie in Afrika leben, wollen Sie in Amerika leben? – Nein, wir leben hier nämlich eigentlich ganz gut. Wir haben hier eine extrem gute Mischung hinbekommen – nach vielen Irrungen und Wirrungen und Weltkriegen, die angezettelt wurden. Deswegen meine ich, dass wir das Jahr 2017 nutzen müssen. Ich weiß in diesem Zusammenhang die Handwerkerschaft – auch die Banken und überhaupt die gesamte deutsche Wirtschaft – auf der Seite der Bundesregierung und auf der Seite der Landesregierung, die genau dafür eintreten, dass uns dieses Europa nicht einfach so auseinanderfällt.

Das ist nicht nur eine Frage von ökonomischer Vernunft und Dringlichkeit, es ist auch eine Frage dessen, wie wir eigentlich leben wollen und wie wir die Art, die wir leben wollen, in Zukunft auf diesem Planeten verteidigen und erhalten wollen. Das Entscheidende ist dabei, sich das klarzumachen.

Es gibt das eine oder andere Ärgernis. Da setzt mich Frau Bulc natürlich einem Verfahren aus, weil ich die verrückte Idee habe, auch Lkw-Fahrern, die von Hamburg nach München fahren, den Mindestlohn zu gewähren. Es ist nicht so, dass ich jeden Tag über jede Entscheidung, die aus Brüssel kommt, jubeln würde. Um Himmels willen, verstehen Sie mich nicht falsch. Aber darum geht es nicht. Es geht nämlich um wesentlich mehr.

Deswegen sollten wir uns bewusst zu machen, dass das im Jahr 2016 mit den vielen schlechten Nachrichten politische Entscheidungen waren. Ich habe in den letzten 20 Jahren, in denen ich Politik gemacht habe, oft, in den letzten Jahren immer mehr, Leute bei mir in der Bürgersprechstunde oder auf Veranstaltungen erlebt, die gesagt haben, es ist doch egal, ob ich zur Wahl gehe. Das macht für mich sowieso keinen Unterschied.

Aber wenn wir eine Lehre aus dem Jahr 2016 ziehen, lautet die: Es macht sehr wohl einen Unterschied. Und es ist sehr wohl Macht in den Händen derer, die aufgerufen sind auf unserem Kontinent, zur Wahl zu gehen. Deswegen lohnt sich auch dieses Jahr 2017. Ich glaube, dass nicht nur die NRW-Landtagswahl und die Bundestagswahl, sondern auch die französische Wahl für die Frage von größter Bedeutung sein wird, wie sich dieser Kontinent und das Europa, das wir haben, weiterentwickeln.

Aus diesem Grunde ist zu überlegen, was man tun kann. Ich habe mich entschlossen, meiner französischen Arbeitsministerkollegin im Wahlkampf beizustehen. Sie hat den Wahlkreis Montmartre. Ich dachte, es ist nicht schlimm, wenn ich da einmal einen Tür-zu-Tür-Wahlkampf mache. Es gibt schlechtere Ecken in Europa, wo man das machen kann. Ich habe mir ernsthaft überlegt, was man tun kann, um zu verhindern, dass Frankreich in die Klauen von Marine Le Pen und anderen gerät.



Ich denke, deswegen müssen wir uns an dieser Stelle unterhaken – nicht parteipolitisch; das ist nicht mein Punkt –, und zwar in dem Sinne, dass wir uns klarmachen, wie wertvoll das ist, was wir an europäischer Kultur haben. Ich nenne sie immer die europäische Dreifaltigkeit, weil ich nun mal auch katholisch bin. Dreifaltigkeit ist diese hohe Wirtschaftskraft verbunden mit sozialer Sicherung und einem hohen Bildungslevel, was man in der Form in einer demokratischen Weise lebt, wie sie nirgends sonst in dieser Kombination – auch nicht in den USA; das hat jetzt nichts mit dem neuen Präsidenten zu tun; auch vorher schon nicht – existiert, wie wir das hier haben. Das ist das, was ich europäische Dreifaltigkeit nenne. Die würde ich gerne erhalten.

Jetzt habe ich ein bisschen Molltöne angeschlagen, ich verspreche Ihnen, den Rest meiner Rede nur noch in Dur zu halten. Ich werde also nur noch gute Nachrichten verkünden – zumindest versuche ich das. Es ist aber notwendig, dieses Moll und Dur zu benennen. Es wäre unehrlich, wenn ich so täte, als ob wir das nicht vor der Brust hätten.

Unser Land – das mögen Sie vielleicht mit einem Lachen kommentieren –, das ist die erste gute Nachricht, die ich für Sie habe, wird gut regiert. Das deswegen, weil wir versuchen, Probleme wirklich zu lösen und trotz allem parteipolitischen Streit zu solchen Lösungen auch die Kraft haben – nicht in jedem Einzelfall, aber im Großen und Ganzen. Eine der Aufgaben, die wir uns vorgenommen hatten, war zum Beispiel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen in Zeiten guter wirtschaftlicher Situation. Wir haben niedrige Zinsen. Wann, wenn nicht jetzt? Das haben wir gehalten, und das haben wir auch wieder gehalten. Wir haben auch in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal seit 40 Jahren keine neuen Kredite aufnehmen müssen. Das ist ebenfalls eine wichtige Nachricht. Auch hier gibt es entsprechende Bemühungen.

Das schafft einfach eine Grundlage, um auf dieser Basis eine Stabilität zu erzeugen, die eben nicht immer nur ins Risiko geht und nicht nur die Risiken auf die nächsten Generationen verschiebt. Deswegen bin ich sehr wohl der Meinung, dass es ein Teil der guten Regierung dieses Landes ist.



Einmal abgesehen davon, was auch immer Sie denken, ist es bei uns noch möglich zu sagen, dass wir wirklich ohne massive Korruption und anderem in diesem Land gute Arbeit machen. Das merkt man dann auch beim Thema „Arbeit und Wirtschaft“. Herr Moll hat eben dargelegt, es gibt eine gute wirtschaftliche Lage. Aber das ist immer mit gewissen Risiken verbunden. Wir haben einen Strukturwandel in diesem Land NRW. Der ist immer noch nicht durchgestanden. Aber wir haben viel geschafft. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir haben seit 2013 in diesem Bundesland 70.000 Menschen weniger in Arbeitslosigkeit. Das ist nicht wenig, wenn man bedenkt, dass daran oft ganze Familien hängen und dass das natürlich auch Perspektive bedeutet. Das ist in der Tat nicht schlecht.

Wir haben auf der anderen Seite einen Wirtschaftsstandort, der wirklich innovativ ist. Beim Global Innovation Index liegt Deutschland erstmals seit 2009 wieder unter den zehn innovativsten Ländern. Das finde ich sehr wichtig. Man kann sich zwar auf dem, was man hat und was gut läuft, ausruhen, aber jeder kleine Handwerker vor Ort wird wissen, dass man ganz schnell ins Hintertreffen gerät, wenn man nicht mit der

Entwicklung mitgeht. Wir reden an dieser Stelle davon, dass die Tischlerwerkstätten dieses Landes sich krass unterscheiden von denen, die ich mir vor 15 oder 20 Jahren angesehen habe. An vielen Stellen ist das verbunden mit Teilautomatisierung, mit einer ganz anderen Art zu arbeiten. Das Handwerk wird oft vergessen, weil „Industrie 4.0“ darüber klebt. Aber da passiert genauso viel.

Aus diesem Grunde betone ich hier, dass wir es an der Stelle auch schaffen, Innovation, Digitalisierung und Transformationsprozesse in der Weise zu gestalten, dass auch die Betriebe im Handwerk und im Handel auf diesem Gebiet die Nase vorn halten. Das halte ich für eine wesentliche Aufgabe. Die gute Nachricht ist: Ich sehe uns da keinesfalls mehr im Dornröschenschlaf.

Als ich im Jahr 2013 Ministerin wurde, war das schon im Kommen. Aber wir haben in den letzten Jahren – ganz ehrlich –, sowohl Sie in den Betrieben als auch auf der politischen Ebene, ein ganz anderes Bewusstsein entwickelt. Auch in der Bundesanstalt für Arbeit, wenn ich das sagen darf. Wir merken, da passiert eine Transformation, die wir anpacken müssen. Und wir gehen diese Aufgabe auch an.

Ich will deswegen heute die gute Nachricht sagen, dass ich der Meinung bin, wir können in Deutschland diejenigen sein, die am meisten davon profitieren, indem wir den hohen Technisierungsgrad mit der neuen Herausforderung der Digitalisierung verbinden.

Als ich vor einem Jahr in Karlsruhe war, hat man mich in einem Start-up auf einem 3D-Drucker ausgedruckt. Er steht in meinem Büro. Ich sehe mir ein bisschen ähnlich, obwohl ich finde, dass sie mich viel zu dick ausgedruckt haben.

(Heiterkeit)

Da muss irgendwo ein Fehler gewesen sein. Tatsache ist aber: Ich dachte, das sei ein Gimmick. Das gebe ich zu. Vor wenigen Wochen war ich beim Pumpenhersteller KSB in Franken. Dort gibt es eine große Gießerei, und direkt daneben steht der 3D-Drucker. Was druckt der aus? Nicht Andrea Nahles zu dick geraten, sondern ein Modell dessen, was gegossen wird.

Wir haben an dem Punkt innerhalb von einem Jahr eine Situation, dass sich die Produktion – hier die klassische altmodische Gießerei – mit dieser neuen Technologie des 3D-Drucks verbindet. Ich als Arbeitsministerin habe gefragt, was machen die Leute, die vorher aus Holz dieses Modell gebaut haben. Das hat drei Wochen gedauert und 15.000 € gekostet. Wo sind denn die technischen Zeichner, die das alles aufgemalt haben?

Die sagten mir, die werden so nicht mehr gebraucht. Auf meine Frage, ob die jetzt entlassen werden, lautete die Antwort: Nein, sind Sie verrückt, Frau Nahles? Wir haben ja jetzt schon Fachkräftemangel. Die müssen nur etwas anderes machen. – Aha.

Da bin ich an dem Punkt, für den ich heute Abend bei Ihnen auch werben möchte. Ich glaube nicht an das Ende der Arbeit durch die nächste Stufe der Digitalisierung. Ich halte das für völligen Mumpitz. Damit macht „Der Spiegel“ seit Jahren Auflage. Die „FAZ“ natürlich nicht.

(Heiterkeit)

„Der Spiegel“ hat 1964 den Titel gebracht – ich habe es mir aufgeschrieben, und es ist kein Witz – „Automation in Deutschland“. Auf der Titelseite war ein mehrarmiger Roboter in einer menschenleeren Fabrik. Das war 1964. 1978 titelt „Der Spiegel“: „Die Computerrevolution – Fortschritt macht arbeitslos“. Was für ein irrer Satz: Fortschritt macht arbeitslos. Vor wenigen Wochen gab es beim „Spiegel“ die neue Titelstory: „Sie sind entlassen – Wie uns Computer und Roboter die Arbeit wegnehmen“.

Ich kann Ihnen verraten, dass wir noch nie so viele Menschen in Arbeit hatten wie im letzten Jahr. Das heißt mit anderen Worten: Diese Überschriften zeigen, dass hier mit Unsicherheiten gespielt wird. Es gibt Ängste, und daraus macht man dann halt Auflage. Ich glaube nicht daran. Ich weiß aber von 1978 und dem Strukturwandel danach, weil wir ihn in NRW teilweise noch nicht bewältigt haben, und bei mir in Rheinland-Pfalz – in Pirmasens –, wo wir früher eine große Schuhindustrie hatten, auch nicht und in Bremen und in anderen Regionen ebenfalls nicht, dass natürlich nicht alle Branchen davon nicht betroffen sind und nicht jeder einzelne Arbeitsplatz sicher ist, dass aber unter dem Strich dabei nicht

weniger Arbeit herauskommt, sondern andere Arbeit. Da bin ich mir sicher.

Ich bin mir sicher, dass Herr Ehlert in Zukunft einen Roboterberater braucht, weil er sich fatalerweise entschieden hat, sich einen Roboter für das Rasenmähen zu organisieren. Dann spinnt sein Kühlschranks und bestellt ständig Whisky statt Milch. Außerdem hat er noch das Problem, dass er nicht klarkommt mit der Vielzahl der Roboter, die bei ihm zu Hause das Licht und die anderen Aufgaben regeln.

Damit will ich Folgendes sagen: Natürlich entstehen neue Tätigkeitsfelder, neue Beschäftigungsfelder. Der Roboterberater mag vielleicht nur einer davon sein. Ich weiß auch gar nicht, ob Sie den brauchen. Ich will das nur als Beispiel nennen, um dafür zu werben in Deutschland, dass wir uns auf diesen Prozess einlassen, und zwar nicht mit dieser typisch deutschen, leicht apokalyptischen Grundhaltung, es wird ja alles immer schlimmer, sondern mit dem, was wir eigentlich immer schon geschafft haben, nämlich mit Technik in Transformationsvorgängen sehr erfolgreich umzugehen. Das können wir.

Das ist eine Herausforderung. Es bedeutet für Sie in den Betrieben, dass Sie sich selbst ein Stück weit auf den Prüfstand stellen müssen, und zwar auch, was die Führungskultur in den Unternehmen angeht. Wir auf der politischen Seite wollen Ihnen auch ein Angebot machen. Das mache ich zum Beispiel über die Beratung bei INQUA im Mittelstand. Da sind wir ganz stark unterwegs. Bei uns ist zum Beispiel ein Thema „Neue Führungskultur in der Digitalisierung“. Wir sagen dabei: Leute, lasst es uns angehen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist und Disqualifizierung Menschen arbeitslos macht oder Handwerksbetriebe nicht mehr mithalten können. Lasst uns jetzt den Stier bei den Hörnern packen. Das ist auch mein Angebot an Sie.

Ich erhalte bei jeder Veranstaltung für düstere Töne zur Digitalisierung mehr Applaus als wenn ich das, was ich Ihnen jetzt vorgetragen habe, ausführe. Das können die Leute nämlich nicht fassen. Die halten mich auch ein bisschen für einen Schönredner. Die meisten denken: Das ist doch alles nicht wahr. Das wissen wir doch, dass das alles immer so schwierig ist.

Meine Mutter hat im Finanzamt gearbeitet. Als im Finanzamt der Computer eingeführt wurde, hat sie nächtelang nicht geschlafen. Da war ich Teenager. Sie hatte Angst, sie könne das nicht. Sie arbeitete dort schon 20 Jahre und sagte: Ich schaffe das nicht mehr. Um Himmels willen! – Natürlich hat sie das geschafft. Aber sie hatte erst einmal Sorge.

Dabei dürfen wir die Leute nicht alleine lassen. Sie müssen das über eine Qualifizierung begreifen. Wir müssen ihnen Angebote machen, damit sie nicht in eine Starre verfallen wie das Kaninchen vor der Schlange, dann abblocken und Innovationen in den Betrieben behindern. Das passiert ja auch. Manchmal ist es eben auch so, dass sich wegen der Ängste die Beschäftigten einer Innovation in den Weg werfen. Das führt zu strukturellen Konflikten und allem möglichen Ärger mit dem Betriebsrat usw.

Meiner Meinung nach kann man das bewältigen, wenn wir gemeinsam an diese Entwicklung in dieser optimistischen Weise, aber auch mit dem notwendig klaren Blick für das, was getan werden muss, herangehen. Das ist meine feste Überzeugung.

Ich jedenfalls warte auf den nächsten „Spiegel“ und gebe die Hoffnung nicht auf, dass dort irgendwann einmal steht: „Deutschland spitze bei der Digitalisierung – Arbeitsplatzangebote wachsen weiter – Der ‚Spiegel‘ hat sich geirrt“.

(Beifall)

Ich bin mir nicht sicher, ob das eintritt. Aber man darf ja noch hoffen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf verweisen, dass mein Ministerium in diesem Zusammenhang ein Grünbuch vorgelegt hat und dann ein Weißbuch mit Antworten, die Sie nachlesen können, wenn Sie Zeit haben. Über die eine oder andere Antwort werden Sie sich auch aufregen. Ich biete an, darüber zu sprechen.

Mit den Experimentierräumen, die ich jetzt anbiete, gibt es eine Möglichkeit, einmal etwas auszuprobieren. Wir haben uns entschlossen – das ist teilweise ganz schwierig im Dialog mit den Sozialpartnern, auch mit den Gewerkschaften, gewesen – zu Experimentierräumen. Wir sam-

eln gerade Unternehmen, die sich dafür bei uns bewerben. Übrigens können sich auch kleine Handwerksbetriebe melden. Wir wollen nicht nur die großen Unternehmen, die sowieso viele Innovationen entwickeln, sondern wir wollen auch kleinere dafür gewinnen. Wir bitten Sie, sich mit uns auf einen zwei- bis dreijährigen Prozess einzulassen.

In diesen Experimentierräumen werden auch Gesetze außer Kraft gesetzt. Ich muss dafür zum Beispiel eine Öffnungsklausel zum Arbeitszeitgesetz in den Bundestag einbringen, um bei der Arbeitszeit über das, was jetzt gesetzlich möglich ist, hinaus experimentieren zu können. Wir würden sagen „lernen“. Es ist gar kein Experiment. Wir machen nicht die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber zu Versuchskaninchen, sondern es sind Lernräume. Wir wollen herausfinden, wie das mit der Digitalisierung und ihren Anforderungen zusammenpasst, weil ich festgestellt habe, man kann in Deutschland nicht über Arbeitszeitpolitik reden, ohne dass sofort alle in den Schützengräben landen. Die einen wollen sofort den Achtsturentag abschaffen, die anderen alles verteidigen, was ist. Beides ist nicht sinnvoll.

Deswegen wollen wir Experimentierräume schaffen. Das nicht nur für die Arbeitszeit. Bei der Arbeitszeit gehen wir aber auch über die bestehenden Gesetze hinaus. Wir können das auch beim Arbeitsschutz usw. Wir können in diesen Räumen alles Mögliche machen.

Diese Experimentierräume werden wissenschaftlich begleitet. Darüber wird sich Gerd Bosch wegen neuer Aufträge freuen.

(Heiterkeit)

Stimmt doch, nicht wahr?

Die Ergebnisse wollen wir zur Grundlage dafür machen, daraus abzuleiten, welche gesetzlichen Notwendigkeiten es gibt, was tariflich geklärt werden kann, was ist im Betrieb zu klären. Ich möchte so wenig Gesetze wie möglich machen. Ich denke, dass die passgenauen Lösungen vor Ort entstehen und nicht im Bundesarbeitsministerium in Berlin. Das ist meine erklärte Politik an dieser Stelle. Ich werbe dafür – gerade auch heute. Es haben sich sehr viele Unternehmen jetzt bei uns dafür beworben, aber es könnten noch ein

paar mehr aus dem Handwerksbereich sein. Deswegen spreche ich das heute hier an.

Wir haben mit dem Malermeister Massmann aus NRW eine Kooperation gehabt. Der hat eine App entwickelt. Seine Leute können ihre Arbeitszeit selber über die App zusammenstellen. Sie haben ein ganz innovatives Modell in einem kleinen Handwerksbetrieb umgesetzt. Ich habe also sehr wohl auch Kontakte nach NRW. Ich würde das aber gerne noch intensivieren und biete Ihnen diese Form des neuen Zusammenarbeitens, des Ausprobierens, des flexiblen Umgangs an.

Ich will Ihnen noch etwas berichten: Ich war in den USA, in Silicon Valley und habe mir alles angesehen. Da erzählen die einem die tollsten Geschichten. Die können ja schwätzen – unglaublich.

(Heiterkeit)

Was für tolle Hechte sie sind und so. Ich glaube, die Hälfte des Eindrucks, den Silicon Valley erzeugt, beruht auf dem Zeug, was sie darum herum erzählen.

Ich habe aber gemerkt, die kochen in Wirklichkeit auch nur mit Wasser. Aber in einem Bereich sind sie tatsächlich gut. Sie setzen ziemlich schnell Erkenntnisse um, die sich als richtig herausgestellt haben. Sie verfügen auch über eine ziemlich coole, relativ moderne Führungskultur. Bei allen anderen Punkten bin ich jedoch eher mit dem Gefühl nach Hause gefahren, den Wettbewerb können wir annehmen. Es gibt aber einiges, was man von denen lernen kann. Deswegen werde ich dafür zu versuchen, bei uns offener zu sein, ohne die Errungenschaften der Dreifaltigkeit Europas infrage zu stellen. Dagegen würde ich mich sehr wenden.

Ich bin im letzten Jahr des Öfteren in Nordrhein-Westfalen gewesen. Das wird wahrscheinlich auch in den nächsten Wochen und Monaten häufiger der Fall sein. Ich möchte deshalb noch auf ein weiteres Thema eingehen neben den Herausforderungen durch die Transformation. Das ist die Integration von Flüchtlingen. Ich spreche das deswegen an, weil sich dazu sehr schnell viele geäußert haben. Die Wirtschaft in diesem Land hat sich meiner Meinung nach hervorragend positioniert mit einer sehr klaren Haltung, sehr

weltoffen, sehr vernünftig, nicht leichtfertig, sondern im Bewusstsein, wie schwer diese Aufgabe zu bewältigen ist. Aber am Handfestesten fand ich die Handwerker, die Handwerkskammern.

(Beifall)

Warum? Als Tochter eines Maurermeisters habe ich mich echt darüber gefreut, weil ich meinte, Herr Wollseifer kam als einziger für die Handwerkskammern mit einer klaren Angabe – mit einer Zahl – um die Ecke. Er nannte die Zahl 10.000.

Dann habe ich gesehen: Uff, 54 waren es bei den DAX-30-Unternehmen, davon 50 bei der Post. Immerhin blieben vier. Das war eine Situation, wo ich im Kabinett für etwas Wirbel gesorgt habe, als ich die Zahl vortrug. Frau Merkel war da dann etwas alarmiert. Das hat sich danach leicht gebessert. Aber die Handwerkskammern haben als einzige einmal eine kernige Zahl rausgehauen.

Ich weiß durch ständige regelmäßige Gespräche, dass die Integration nicht ohne eine gute Kooperation zwischen der Bundesagentur und dem Bundesministerium gelingen kann. Wir müssen prüfen, ob wir nicht noch etwas mehr Sicherheit brauchen bei der Einstiegsqualifizierung; es stehen noch viele Themen dazu auf der Tagesordnung. Es wird jedenfalls nur durch ein gutes Zusammenspiel gelingen, dass die Zahl 10.000 auch realisiert wird. Ich habe mich aber erst einmal sehr über diese Zahl gefreut. Das war eine klare Aussage und ein Ziel, an dem man nachher auch gemessen wird. Man geht nämlich ein Risiko ein, wenn man eine solche Aussage raushaut. Denn irgendwann wird man gefragt: Habt ihr es auch geschafft? Wir schaffen das zusammen. Das glaube ich.

Wenn wir es schaffen, die Menschen in Arbeit zu integrieren, nehmen wir der Gesellschaft die große Last der Integration damit fast schon ab. Das ist zwar nicht alles, aber das ist der große Batzen. Wenn wir die Menschen nämlich erst einmal zu Kolleginnen und Kollegen machen und wenn wir ihr Selbstwertgefühl positiv aktivieren, dann wird das am Ende eine Win-win-Situation. Ein Viertel der Leute, die zu uns kommen, verfügen über einen Hochschulabschluss – das ist ziemlich viel –, aus Syrien und aus dem Irak –, ein Drit-

tel der Leute haben keinen bekannten Schulabschluss oder überhaupt keine Ausbildung und dazwischen gibt es ein buntes Feld. Das heißt, wir haben auch innerhalb der Gruppen, die zu uns gekommen sind, sehr große Unterschiede zwischen Menschen, bei denen wir mit Qualifizierung leichter anknüpfen können, und Personen, bei denen wir sehr viel mehr Zeit investieren müssen.

Die kommen alle mit der Einstellung, sie wollen einen Job. Ich erzähle Ihnen dazu eine Geschichte, die mir real passiert ist. Das ist kein Witz. Ich besuchte in meinem Wahlkreis ein kleines Dorf – Müsch heißt es im Kreis Ahrweiler; da kommen am Wochenende hordenweise Nordrhein-Westfalen; mein Wahlkreis ist davon sehr heimgesucht – in der Eifel, in dem 18 syrische Männer und Frauen leben. Einer wirft sich mir ungelogen vor die Füße – das war mir hochnotpeinlich; ich dachte: Was ist jetzt? –, um mich zu bitten, die fünf Wochen Erprobungsphase bei der Handwerkskammer Koblenz nicht machen zu müssen. Ich fragte: Wie bitte? – Ich war total froh, dass wir das im Verbund gemacht haben.

Was war passiert? Er hatte nämlich einen Minijob. Er war Bäcker und dachte, das wäre es jetzt. Er sei der King, weil er der einzige in der Gruppe war, der überhaupt einen Job hatte. Er dachte, jetzt gehe das irgendwie so weiter.

Ich und wir alle haben versucht, ihn zu überzeugen, in die fünf Wochen Erprobungsphase zu gehen: Mit einem 400-Euro-Minijob wird er hier nicht seine Familie ernähren können. Das ist keine Perspektive in Deutschland. Aber als Bäcker hast du natürlich in diesem Land beste Chancen auf Erwerbstätigkeit. Das war relativ mühevoll.

An dieser Episode kann ich Ihnen deutlich machen, dass es auch kulturelle Missverständnisse geben kann. Der hatte eine total falsche Vorstellung bezüglich dessen, wie das auf dem deutschen Arbeitsmarkt funktioniert. Die Qualifikationsniveaus und wie Arbeit eingebettet ist in Beruflichkeit kennen sie in ihren Herkunftsländern in der Form überhaupt nicht. Das war ein erhellendes Erlebnis. Ich hatte alle Mühe. Die Frau wollte sich auch noch auf den Boden werfen.

Ich habe bei diesem Termin aber auch noch einige andere Sachen kennengelernt. Zum Beispiel einen jungen Mann, einen Top-Kfz-Mechaniker – die Mercedes-Niederlassung wollte ihn direkt einstellen –, dessen linke Hand aber zerschossen worden ist. Ich bin zu Herrn Gröhe gegangen und habe ihn gefragt: Hermann, wie sieht es aus, wie viele Kriegsversehrte haben wir eigentlich unter den Flüchtlingen? – Eine Woche später sagte er mir: Gar keinen. Ich entgegnete ihm, aber ich habe doch schon zwei getroffen. Es gibt keine Statistik darüber. Wie sollen wir die Leute dann aber in Arbeit bringen?

Ich will damit nur sagen: Wir sind auf der Ebene angekommen, dass wir sehr konkrete Probleme haben. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in NRW – als erstes Bundesland überhaupt – die Immigration Points flächendeckend ausgerollt worden sind, wo eine Kooperation aller Beteiligten stattfindet. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Ich möchte aber an dieser Stelle sehr deutlich machen, dass ich nicht glaube, damit wäre schon alles erledigt.

Wir haben einige gesetzliche Schwachsinnschürden beseitigt wie die Drei-plus-zwei-Regelung, dass die Leute hier eine Bleibeperspektive haben. Es war etwa verboten, wie ich in NRW erfahren habe, einen 23-Jährigen für eine Ausbildung einzustellen, was die Teekanne wollte. Das ging nicht. Das war verboten. Man durfte Flüchtlingen nur bis zum Alter von 21 Jahren eine Ausbildung anbieten. Diese Regelung haben wir zum Beispiel abgeschafft. Das nur als ein Beispiel, welche merkwürdigen Regelungen es gibt. Das hat übrigens Monate gedauert, weil die Innenpolitiker der Meinung waren, das sind Pull-Faktoren. Wenn wir das jetzt ändern, wenn die Leute auch noch mit 23 eine Ausbildung machen können, dann kommen noch mehr. Bei dieser Frage gab es monatelang keinen Fortschritt. Wir haben uns letztlich geeinigt. Wir haben es geschafft. Aber es ist bei solchen Fragen manchmal wirklich zum Mäusemelken.

Ich möchte Ihnen jedenfalls Danke sagen. Sie werden zuhause konkret Probleme haben etwa bei der Sprache, bei den Vorbereitungsjahren. Was ist mit dem Mindestlohn? Wir diskutieren gerade darüber, wo der Mindestlohn angewandt wird und wo nicht. Ich denke, da kommen wir Ihnen auch noch einmal mit Klarstellungen entgegen.

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Ich bin und wir sind wirklich bereit – ich kann das für alle meine Kollegen im Bundestag und auch im Land Nordrhein-Westfalen sagen –, ganz konkret Probleme zu lösen und aus dem Weg zu räumen.

Von der Frage, ob uns das in diesem Bereich gelingt, hängt mehr ab als das Glück der Menschen, die zu uns gekommen sind. Wenn wir ehrlich sind, hängt mittlerweile die gesamte Verfasstheit unseres Landes davon ab, dass uns diese Integrationsarbeit gelingt. Wenn wir das nicht hinbekommen, dann bestätigen wir alle, die den ganzen Tag herumlaufen und Hetzparolen verkünden, die die Leute sowieso nicht haben wollten und überhaupt nicht bereit sind, sich darauf einzulassen. Die machen dann aus der Unsicherheit der Leute Angst. Ich möchte aus der Unsicherheit der Menschen Zuversicht machen. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall)

Das muss das sein, was in diesem Jahr passiert.

Zum Abschluss will ich noch etwas sagen: Sie alle haben eine Stimme – in diesem Land in diesem Jahr zwei Stimmen. Es geht mir um die Wahlen. Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Es gab in London und in anderen Ländern Großbritanniens große Demonstrationen von jungen Leuten einen Tag nach dem Brexit, die empört waren und die mehrheitlich für Europa waren. Sie heulten teilweise, was man bei den Bildern sehen konnte. Das Problem war nur, dass nur 30 Prozent der jungen Leute zur Wahl gegangen sind. Es nützt nichts, wenn man einen Tag nach der Wahl bejammert, was andere Leute einen Tag vorher abgestimmt haben. Das nützt nichts. Das ist das Einzige, was ich dazu sagen möchte. Jeder muss sich darüber klar sein, dass es notwendig ist, nicht vorher zu meckern und nachher zu jammern, sondern von seinem staatsbürgerlichen Recht und von seiner Klugheit Gebrauch zu machen und dieses Land weiter auf demokratischem weltoffenen Kurs zu halten. Vielen Dank.

(Beifall)



**Andreas Ehlert:**

Frau Nahles, ganz herzlichen Dank für Ihre offenen und deutlichen Worte. Sie sind hier bei der Deutschen Zentral-Genossenschaftsbank. Wir haben festgestellt, Sie sind eine „echte“ Genossin.

(Heiterkeit)

Das haben Sie gleich am Anfang gesagt.

Sie können Moll, Sie können Dur. Das haben Sie an dieser Stelle bewiesen. Es wird sicherlich den einen oder anderen Punkt geben, über den man an anderer Stelle noch einmal intensiv wird diskutieren müssen.

Mir hat Ihre geradlinige, sehr ehrliche Vortragsart gefallen. Sie haben die Probleme benannt, denn es ist natürlich bei Weitem alles nicht so einfach. Auch wir haben uns manches einfacher vorgestellt, als es sich heute herauskristallisiert.

Ich habe den ganz konkreten Vorschlag mit dem Roboterberater mitgenommen. Darüber werde ich einmal nachdenken.

Nochmals herzlichen Dank für Ihre beeindruckende Ansprache. Wir sollten jetzt aber unser Gespräch am Tisch miteinander beim gemeinsamen Essen fortsetzen. Danke schön.

(Beifall)

## **Bisherige Veröffentlichungen „Dialog Handwerk“**

- 2.2016 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2016 an Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio
- 1.2016 Revolutioniert die Digitalisierung das Handwerk? –  
Aufstieg durch Bildung und Arbeit – das Handwerk als Ort der Integration  
Dokumentation des Dreikönigstreffens am 14. Januar 2016
- 1.2015 Was passiert, wenn der Zins verschwindet? – Folgen für Mittelstand, Kreditwirtschaft  
und Altersvorsorge | Vertrauen als Treiber der Finanzpolitik – Perspektiven für Inno-  
vation und Mittelstand | Dokumentation des Dreikönigsforums am 15. Januar 2015
- 2.2014 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2014 an S. Em. Karl Kardinal Lehmann
- 1.2014 Wie kann die Energiewende noch gelingen? Haben wir die Europäische Union überfordert?  
Perspektiven der europäischen Idee. Dokumentation des Dreikönigsforums am 16. Januar 2014
- 1.2013 Wer regiert uns wirklich: Markt oder Politik? – Der Bürger und sein Staat aus theo-  
logischer Sicht. Dokumentation des Dreikönigsforums am 17. Januar 2013
- 2.2012 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2012 an Bundespräsident a.D.  
Prof. Dr. Roman Herzog
- 1.2012 Europa neu denken – Hat eine freiheitliche Wirtschaftsordnung Zukunft?  
Dokumentation des Dreikönigsforums am 12. Januar 2012
- 2.2011 Heinz-Dieter Smeets, Staatsschuldenkrise in Europa: Ist die Finan-  
zierung der Schuldnerländer alternativlos? Oktober 2011
- 1.2011 Mehr als Wirtschaft - Handwerk als Lebensform und Wertekosmos?! Die Erneuerung der  
Sozialen Marktwirtschaft. Dokumentation des Dreikönigsforums am 13. Januar 2011
- 3.2010 Verleihung des Europäischen Handwerkspreises 2010 an den Vorsitzen-  
den des Rates der Evangelischen Kirche, Präses Nikolaus Schneider
- 2.2010 Hanns-Eberhard Schleyer, Quintessenz: Zwei Jahrzehnte Interessenvertretung für  
das deutsche Handwerk im Geflecht von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
- 1.2010 Handwerk und Mittelstand als Chance.  
Dokumentation des Dreikönigsforums am 14. Januar 2010
- 1.2009 Prinzip Verantwortung - Was hält unsere Gesellschaft zusammen?  
Dokumentation des Dreikönigsforums am 8. Januar 2009
- 1.2008 Wandel im Parteiensystem - Was bedeutet dies für die wirtschaftliche Situation von Hand-  
werk und Mittelstand? Dokumentation des Dreikönigsforums am 10. Januar 2008
- 1.2007 Was ist die Mitte unserer Republik?  
Dokumentation des Dreikönigsforums am 11. Januar 2007
- 2.2006 Nur die Freiheit taugt für morgen! Verleihung des Europäischen Handwerks-  
preises an Dr. Guido Westerwelle MdB am 23. November 2006 in Köln

Handwerk.NRW  
Georg-Schulhoff-Platz 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 396848  
Telefax 0211 9304966  
[www.handwerk.nrw](http://www.handwerk.nrw)  
[info@handwerk.nrw](mailto:info@handwerk.nrw)